

# Holzarbeiter = Zeitung.

## Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes  
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.  
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.  
Post-Nr.: 3220.

Verantwortlich für die Redaktion: **M. Röske**, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: **S. Stubbe**, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Cimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate f. d. viergespalt. Pettzeile od. deren Raum 30 A.  
Bergnügungs-Anzeigen 15 A, Versammlungs-  
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 A pro Pettzeile.  
Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt: Englands Rückschritt als Industriestaat. — Die neue Zwangsorganisation des Handwerks. — Von der preussischen Fabrikinspektion. — Die Harmonieapostel an der Arbeit. — Sozialpolitische Rundschau. — Deutscher Holzarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Ausschusses. — Korrespondenzen. — Eingefandt. — Verband deutscher Korbmacher: Korrespondenzen. — Streiks und Lohnbewegungen. — Gerichts-Chronik. — Abrechnung vom Konstanzer Streik. — Literarisches. — Briefkasten. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen.

### Lohnbewegung.

**Telegramm.** Achtung, Tischler! Ueber G. Stucke's Werkstatt in Cottbus ist die Sperre verhängt.

In folgenden Orten und Gewerben befinden sich die Arbeiter mit ihren Arbeitgebern in Differenzen: Tischler in Teterow (Werkstätte von Reinh. Schwarz), Blomberg (W. Wegemann's Werkstatt), Bad Reichenhall (Möbelfabrik von Görlein & Dürd) und Stockholm und Gefle (Schweden); Schreiner und Parkettbodenleger in Berlin (Firma Rosenfeld & Co.); Tischler und Glaser in Zürich und Winterthur (Schweiz); Tischler und Drechsler in Freudenstadt in Württemberg (Fabrik von C. Rothmer); Drechsler in Geising i. S. (Firma Anton Götner) und Lauterberg (Firma Hallenhof & Feidler); Stockdrechsler in Wien; Bürstenmacher in Berlin.

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

### Englands Rückschritt als Industriestaat.

Nach einer Notiz in einem Gewerbe- und Handelsblatt, die obige Ueberschrift trägt, sollen an dem angeblichen Rückschritt der englischen Industrie die Arbeiter dieses Landes in ganz erheblichem Maße die Schuld tragen. Theils soll der Rückschritt an der Nichteinführung des metrischen Systems, theils an der nicht sorgfältigen Preisnotirung und Fakturirung der Waaren liegen. Zu viele englische Fabrikanten glaubten auch, das Geschäft solle ihnen ungesucht zufallen, im Gegensatz zu Fabrikanten anderer Länder, die sich persönlich um die Gewinnung der Märkte bemühten. Wörtlich heisst es dann weiter:

„... vor Allem besteht zwischen Arbeitgeber und Arbeiter nicht der freundliche Verkehr und das gegenseitige Entgegenkommen, welche so nothwendig sind, um Erfolge zu erreichen und dieselben zu behaupten. Viele englische Fabrikanten sind lässig, und die englischen Arbeiter schreiten nicht mit der Zeit fort, so daß man sich nicht wundern darf, wenn England sich in vielen Märkten und einer großen Zahl von Artikeln von den geduldigeren, ausdauernderen und oft intelligenteren Konkurrenten des Auslandes überflügelt sieht. Die Arbeiter andererseits können sich von ihren althergebrachten Regeln und Regulativen nicht trennen, sie sind bemüht, die Zahl der Lehrlinge, sowie das tägliche Produktionsquantum einzuschränken, sie suchen jede den Individualismus fördernde Tendenz zu unterdrücken und wollen absolut die Möglichkeit nicht zugeben, daß Waarenprodukte irgend einer anderen Nation der Welt in den Märkten des Auslandes besseren Absatz finden können als englische Waaren. Sie sind zu Streiks geneigt, ohne daran zu denken, daß sie damit nicht nur sich selbst schwer strafen, sondern auch der Industrie, welche ihnen bisher Arbeit und eine Existenz gewährte, dauernden schweren Schaden zufügen. ... Die englischen Arbeiter müssen Intelligenz walten lassen und sich von allen Trades-Unionregeln oder Gebirgsregeln lösen, welche einem stetigen Fortschritt von Handel und Industrie, sowie einer Gemüthlichkeit des Zusammenwirkens des Arbeiters und seines Arbeitgebers entgegenarbeiten.“

Auf die Frage, ob Englands Industrie zurückgeht, kann nur bedingungsweise mit Ja geantwortet werden. Wenn schon in der Textilindustrie die Ausfuhr nach Indien, dem Mutterlande der Baumwollindustrie, seit dem letzten Jahre nachgelassen haben mag, weil dort gerade dieser Industriezweig einen großen Aufschwung genommen hat und selbst auf Ausfuhr seiner Produkte angewiesen ist; aber in allen übrigen Industriezweigen ist bis heute von einem Rückgang der englischen Produkte wenig zu spüren. Wenn auch Deutschland auf

der Ausstellung in Chicago — nach dem offiziellen Ausstellungsbericht — sich einige Lorbeeren erobert hat, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß Englands Ausfuhr darunter zu leiden haben wird. Inwieweit die englischen Fabrikanten angeblich ihre Pflicht als Geschäftsleute vernachlässigen oder nicht, soll uns wenig kümmern. Wir haben die Ueberzeugung, daß vor allen Anderen die englischen Kapitalisten am allerwenigsten geneigt sein werden, sich ohne Wehr aus ihren bisherigen Absatzgebieten herausdrängen zu lassen und außerenglischen Fabrikanten das Feld räumen werden.

Die bisherige Entwicklung der Produktion, der von Jahr zu Jahr wachsende Fortschritt in den verschiedensten Industriezweigen Englands gegenüber denjenigen in Deutschland, die entfernt nicht an diejenige Englands reicht, beweist uns, daß Englands Industrie noch lange nicht zu Grunde geht und Deutschland noch Dezennien bedarf, um den Höhepunkt Englands zu erreichen. Und deshalb finden wir es auch geradezu absonderlich, wenn deutsche Fabrikantenblätter heute einen Rückgang der englischen Industrie an die Wand malen und zwar unter Bezugnahme auf die Arbeiter, welche mit daran schuld sein sollen. Es ist noch nicht so lange her, seit die englischen Arbeiter denen in Deutschland seitens der deutschen Fabrikanten als Muster empfohlen und die englischen Trades-Unionisten als wahre Tugendbolde geschildert wurden. Erst seit dem Kongress in Belfast, wofolbst ein Theil der englischen Gewerksvereine sich in mehreren Resolutionen dem Sozialismus näherte, lassen die deutschen Fabrikanten kein gutes Haar an ihnen. Früher, ehe dies geschah, trugen die Musterorganisationen der englischen Arbeiter zum Fortschritt der englischen Industrie bei, und heute, nach den beiden letzten Gewerkschaftskongressen, sollen sie dieselbe zum Untergange führen, obgleich — und das ist das Sonderbare — sich im Wesen der Organisation faktisch nichts geändert hat?! Lächerlich!

Sie führten früher mit dem Unternehmertum die verzweifeltsten Lohnkämpfe, sie führen sie auch heute; sie legten früher ein Hauptgewicht auf die Unterstützung Derer, die das Kapital auf's Pfahler warf, sie thun dasselbe noch heute, und das Unternehmertum ist außerordentlich gut dabei gefahren. Inwiefern können also die Arbeiter Englands am Rückschritt der Industrie schuld sein? Der freundschaftliche Verkehr zwischen Arbeitgeber und Arbeiter soll nicht mehr derart sein, daß Erfolge erzielt und behauptet werden können, heißt es. Angesichts der unverantwortlichen Profitgier des Unternehmertums, angesichts der immer größeren Anhäufung von National- und Privatreichthum in immer weniger Händen und der immer mehr steigenden Armuth der besitzlosen Klasse, darf es wahrlich nicht Wunder nehmen, wenn die Arbeiter in ihren Organisationen von ihren „althergebrachten Regeln und Regulativen“, sowohl die Zahl der Lehrlinge, sowie das Produktionsquantum zu beschränken, nicht abgehen wollen; sie haben es in der Hand — und dafür sollte ihnen das Unternehmertum dankbar sein — Ueberproduktion, Krisen und Arbeitslosigkeit zu verhindern und eine geregelte Arbeitsweise hochzuhalten.

Wenn die Arbeiter „zu Streiks geneigt sind“, soll wohl heißen dazu getrieben werden, so sind nicht sie es, die, wenn wirklich die Industrie Schaden leiden sollte, daran schuld sind, sondern die Unternehmer selbst. Aber die Industrie wird nicht geschädigt, wenn höhere Löhne gezahlt werden, weil mit dem höheren Einkommen auch die Kaufkraft der Arbeiter steigt, infolge der Verkürzung der Arbeitszeit an Produktionskosten gespart und infolge beider die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt gefördert wird.

Zum Beweise dafür halten wir uns an einzelne Aussprüche verschiedener Nationalökonomien, die nicht etwa im Geruche stehen, Anhänger der Sozialdemokratie zu sein, sondern echte und rechte Vertreter und Anhänger der besitzenden Klasse sind. So sagt z. B. Herr Dr. Schulze v. Gavernitz in seinem ausgezeichneten Werke „Der Großbetrieb“ über die englische Großindustrie und die Arbeiter u. A. Folgendes: „Der beste Arbeiter der Welt ist heute der mit den höchsten Bedürfnissen, wie etwa der Baumwollarbeiter zu Lowell und Fall River alle seine Berufsgenossen an Arbeitsleistung, aber auch an Bedürfnissen übertrifft.“

In Mülhausen i. E. wird die Arbeit (Weberei) bedeutend theurer, trotz niedriger Löhne. Um die Konkurrenz auf dem Weltmarkt bestehen zu können, ist die Verbilligung der Produktionskosten die erste Aufgabe. Diese soll aber nicht, wie die deutschen Fabrikanten es verstanden wissen wollen, in der Reduzirung der Löhne, sondern in der Verbesserung der Technik, Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne bestehen. Der englische Fabrikant hat den Vortheil allen deutschen voraus, daß er die Lebensdauer seines Unternehmens, z. B. Spinnerei, nicht länger denn auf 20 Jahre berechnet. Der Bauplatz ist meist nicht gekauft, sondern nur für obigen Zeitraum gemiethet. Schon dadurch verbieten sich alle luxuriösen Ausgaben, die mit dem Zweck des Unternehmens nicht in Zusammenhang stehen, überhaupt sind die Anlagekosten billiger als in Deutschland. Die Arbeitstheilung und die Konzentration der einzelnen Betriebe wirkt ebenfalls vorthellhaft auf die Produktion. Man kann wohl sagen, daß die englische Industrie von Grund auf, auf größerer Leistungsfähigkeit und Weltkonkurrenz basiert ist, was von den Industrien anderer Länder nicht gesagt werden kann. Trotz der steten Verbilligung der Produktionskosten, die allein die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ermöglicht, sind die Löhne z. B. der Weber in Lancashire und der Maschinenbauer im Allgemeinen ganz bedeutend gestiegen, und die Arbeitszeit beträgt acht und neun Stunden. Während die englische Großindustrie noch in den 30er Jahren mit einem untergenährten Fabrikproletariat arbeitete, rechnet sie heute mit einer hochkonsumtionsfähigen Arbeiterbevölkerung. Ein großer Theil ihres Einkommens wird außer einer guten Ernährung zu allerhand Bedürfnisartikeln verwandt, was einen großen Absatz der Industrieprodukte bedeutet. Mehr als den doppelten Betrag seiner gesammten Ausfuhr an Textilwaaren könnte Deutschland im Inland unterbringen, wenn es eine solche konsumtionsfähige Arbeiterbevölkerung hätte wie England.

Diese Ueberzeugung hat unter vielen einsichtigen Männern auch ein deutscher Fabrikant, Namens Rogeno, in Aachen gewonnen. Gelegentlich der Generalversammlung des „Arbeiterwohl“ in Dortmund sagte er wörtlich: „Selbst wenn in manchen Industriezweigen durch veränderte Arbeitsdauer die Produktion heruntergehen sollte, so wäre noch immer die Verkürzung der Arbeitszeit und die Steigerung des Lohnes die größte Wohlthat für den Arbeitsmarkt: erstere durch Verminderung der Ueberproduktion, letztere durch Schaffung einer nach Millionen zählenden kaufkräftigen Bevölkerung.“

Auch in anderer Richtung ist der englische Fabrikant heute noch so wie vor fünf und zehn Jahren dem deutschen in der Konkurrenz überlegen. Während die Letzteren vornehmlich für die höheren und mittleren Stände produzieren, mühen sich nach der Mode richten müssen und infolgedessen öftere Aenderungen an den Maschinen (soweit Weberei in Betracht kommt) vornehmen müssen, webt der Engländer immer nur ein Stück. Auch in anderen Industriezweigen ist die Spezialisirung derart,



Jaß, wenn eine Maschine einige Jahre lief, sie ihr Geld verdient hatte und einer neuen, besseren, Platz machen konnte, wohingegen die deutschen Fabrikanten sich recht oft mit unpraktischen, überlebten Maschinen Jahre lang hindurch behelfen.

Bezüglich des angeblichen „Rückganges der englischen Industrie“ als Folge hoher Löhne bemerkt der Handelskammerpräsident von Macclesfield: „Wenn niedere Löhne ein Mittel gegen Geschäftsniedergang sind, so müßte Macclesfield heute einer der blühendsten Orte der Welt sein.“ Und bezüglich der Arbeitszeit bemerkt er: „Keine Seidenweber auf dem ganzen Festlande haben so lange Arbeitszeit wie unsere Weber.“ Bemerkenswert ist, daß die Seidenweberei in England nicht fabrikmäßig, sondern hausindustriell betrieben wird und daß sich die Seidenweber in Krefeld ausnahmsweise besser stellen als die in England. Entgegen den Lamentationen der meisten deutschen Fabrikanten, daß die Arbeitszeit nicht verkürzt werden könne, weil dann die Konkurrenzfähigkeit gegenüber der ausländischen Industrie leiden würde, sagte der englische Handelsminister Mundella: „Es sind die langen Arbeitsstunden der fremden Nationen, die uns gegen ihre Konkurrenz schützen.“ Ueber diese Frage äußerte sich auch Herr Bogeno durchaus zutreffend, daß die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie, die man so ängstlich als Hinderungsgrund vorziehe, dadurch kaum vermindert werde. Wörtlich sagt er dann: „Dieses Bedenken hätte man ja auch, und zwar mit einem starken Ansehen von Berechtigung, bezüglich der enormen Kosten unserer Versicherungsgehalte.“ Ein Blick auf die Entwicklung unserer Industrie in den letzten zehn Jahren zeigt, daß die Befürchtung grundlos war. „Es steht durch Wissenschaft und Erfahrung fest, daß im Allgemeinen die höchsten Löhne die billigste Arbeit garantieren.“

Schon aus diesen kurzen Darlegungen und Zitate, die beliebig vermehrt werden könnten, geht hervor, daß Englands Industrie unter dem bisherigen Arbeits- und Produktionsystem Fortschritte über Fortschritte gemacht hat, allen Industriestaaten bezüglich der Billigkeit der Produktionsmittel wie auch der Herstellungskosten nicht allein die Wage halten kann, sondern weit überlegen ist. Angesichts der Thatsache, daß in allen den Industriezentren, wo die Arbeiter am besten gelohnt, die Arbeitszeit die kürzeste, die Konsumtionskraft der Arbeiter die größte, der Wohlstand der Unternehmer wie der Bevölkerung im Allgemeinen ein durchaus befriedigender ist — was doch unbedingt auf ein gesundes Verhältnis von Produktion und Konsumtion schließen läßt — muß es geradezu zum allwärtigen Selbstmord der englischen Industrie führen, wenn deren Leiter zu Mitteln greifen wollen, welche den Industrien anderer Länder die Konkurrenz auf dem Weltmarkt unmöglich gemacht haben: zur Reduzierung der Löhne und zur Verlängerung der Arbeitszeit. Leider sind nicht allein nur Anzeichen, sondern auch Beweise dafür vorhanden, daß die Fabrikanten Englands auf die abwärtsgehende Bahn gerathen sind, und diese Thatsache ist es, nicht die Streiks, welche der Industrie Englands dazwischen Schaden zufügen wird. Traurig genug, wenn das Unternehmertum nicht sieht und sehen will, wie es dem Abgrunde mit Riesenschritten entgegensteht.

Die organisierte Arbeiterschaft Englands ist auf dem rechten Wege; sie wird und muß Intelligenz walten lassen, daß die Industrie ihres Vaterlandes durch die verwerflichen Manipulationen der Fabrikanten nicht zu Grunde gerichtet wird. Die Arbeiter sind aus diesem Grunde verpflichtet, sich selbst und der Nation schuldig, gegen das Anjammeln der Unternehmer zu protestieren und ihre Organisationen mehr zu stärken, damit sie dem ständigen Anprall zu widerstehen vermögen. So lange sie auf der Hut sind, wird England als Industriestaat nicht zurückgehen, sondern vorwärts schreiten.

Die neue Zwangsorganisation des Handwerks.

III

a. Die besonders charakteristische Organisation der Gesellenvereine fordert die Kritik der Arbeiter geradezu heraus. Zweifellos dürfte Herr v. Berlepsch über die geringen Erwartungen, welche die Handwerksgehülfen diesen Hochrechnungen entgegenbringen, zur Genüge unterrichtet sein; zeigen ihm doch besonders die neuesten Berichte der progressiven Gewerbeinspektoren an den Arbeitervereinigungen das Schicksal solcher hofflosen Institutionen. Es wäre daher das Klügste gewesen, auf solche Scheinrechnungen zu verzichten und der Zwangsorganisation die nötige Kooperationsfähigkeit der Berufsvereine gegenüberzustellen. Die sind keineswegs so unpraktisch, Zwangsorganisationen der Arbeiter zu verlangen, während auch sehr energisch gegen deren Beschneidung auf die Handwerksgehülfen protestieren; indes vermag die allgegenwärtige Handwerksorganisation ein neuer An-

stoß für eine die wirtschaftlichen Bedürfnisse einsichtig beurtheilende Regierung sein, die seit dem Beginn der deutschen Gewerbegesetzgebung vorgefehene Ertheilung der Korporationsrechte an die Berufsvereine zur That zu machen. Schon mehrfach hat sich die Reichsregierung mit dieser Erweiterung des Koalitionsrechts befaßt, aber die reaktionäre Strömung in den leitenden Kreisen hat die Durchführung dieser dringendsten Aufgabe seit Jahrzehnten hintertrieben, und noch in letztvergangener Session kündete Herr v. Berlepsch die weitere Vertagung dieser Materie an, für welche freilich in Rücksicht auf die Bekämpfung des Umsturzes keine Zeit vorhanden war. Die zweifelhaften Gesellenvereine bei den Zwangsvereinigungen sind ein weiterer Beweis, welcher geringes Verständnis in den leitenden Kreisen der Gewerbegesetzgebung für die Lage und Forderungen der Handwerksgehülfen herrscht, und wie wenig man sich an deren schon vom Gerechtigkeitsgefühl diktierte Ansprüche kehrt. Diese Komödie der Drittminderheit bei Abstimmungen wirkt wie schneidender Hohn auf die gesammte Gehülfen- und Arbeiterbewegung. Diesen Eindruck vermehren die übrigen bereits bei deren Wiedergabe kritisch beleuchteten Vorrechte der Meister. Nach alledem sind die Gesellen den Meistern unter einigen lächerlich werthlosen Formalitäten in die Hände geliefert; daran ändert die Berufung des Gesellenvereines im Einigkeitssalle an den Innungsausschuß und die Handwerkskammern wenig, da die Gesellenvertreter auch dort in der Minderheit sind. Freilich kommen in diesen Handwerkskämpfen zwei harte Steine aufeinander, und schon die bisherige Praxis der Gesellenvereine zeigt, daß ein einiges Zusammenwirken nur in den aller seltensten Fällen erreichbar ist; daher dieser ganzen Harmoniebeweihe von vornherein der Stempel der Nutzlosigkeit anhaftet. Das mag sich wohl auch Herr v. Berlepsch vorgestellt haben, als er die Gleichberechtigung der Gesellenvertretung in Erwägung ziehen mußte, und es hätte ihn mahnen sollen, von solchen zweifelhaften Experimenten abzusehen. Aber der Kampf gegen alle Arbeiterbestrebungen ist Triumpf, und so opfert Herr v. Berlepsch der Staatsraison die Gerechtigkeit und den Jünglingen die widerpenstigen Gesellen, um auf deren Kosten das Handwerk einer neuen Zukunft entgegenzuführen. Die Ausnahmefälle, wo dem Gesellenvereine die Gleichberechtigung zuerkannt ist, so bei den Gesellenprüfungen, bei den Innungsschiedsgerichten und bei der Verwaltung von Einrichtungen, zu denen die Gesellen Beiträge entrichten, sind für die Praxis leere Dekoration; speziell die Mitwirkung bei der Verwaltung von Wohlfahrtseinrichtungen ist werthloser als die Beschäftigung über deren Begründung und Ausbau, und gerade hierin werden die Gesellen regelmäßig übertrumpft. Zudem giebt auch in den Ausnahmefällen die Stimme des Vorstehenden den Ausschlag, und gelingt es den Innungen, irgend einen gefügigen Altgesellen oder einen Meistersohn in den Gesellenvereine zu dirigieren, so ist dem letzteren auch der Weg zur Vererbung verlegt.

Der Gesellenvereine ist keine Vertretung der Handwerksgehülfen, sondern nur ein Mittel, um der unumkehrlichsten Jünglingsherrschaft eine legislative Form zu geben, mit welcher sie sich bei Durchführung ihrer arbeiterfeindlichen Maßnahmen brüsten kann, ein verfeinerter Despotismus, der schon in seiner fakultativen Form abstoßend wirkte, der aber um so widerlicher erscheint, wenn die gesetzliche Autorität die Gehülfen zur Theilnahme daran zwingen sollte. Uebrigens machen die indirekten Wahlen, welche für die Gesellenvereine zweiter und höchster Instanz vorgeschrieben sind, diese Institutionen nur noch werthloser, und die Festsetzung des gleichen Komptenz- und Stimmrechtes für diese, wie für die ersteren, oder richtiger des gleichen Unrechtes, krönen das Werk politischer Heuchelei und Ungerechtigkeits.

Dagegen giebt der Entwurf den Ausschüssen der Meister, den Innungsausschüssen, ein Recht in die Hände, das die stärksten sozialpolitischen Bedenken heraufordert, das Recht der Mitwirkung bei der Durchführung der Arbeiterlohnbestimmungen in Handwerksbetrieben. Man muß sich über den eigentlichen Zweck dieser Bestimmung klar werden. Eine Ausdehnung der Fabrikkorporationen auf das Handwerk unter der Mitwirkung der Innungsausschüsse ist damit keineswegs beabsichtigt. Es handelt sich vielmehr lediglich um die Durchführung und Ueberwachung derjenigen Arbeiterlohnbestimmungen, die ausnahmslos auch für das Handwerk gelten, also zunächst um die Durchführung und Ueberwachung der Sonntagruhe und um die Vorschriften der §§ 120 bis 120 d der Gewerbeordnung. Da der Arbeiterschutz nicht zu den Einrichtungen gehört, zu denen die Gesellen Beiträge leisten oder Mitwirkungen übernehmen, oder die zu ihrer „Unterstützung“ bestimmt sind, so sieht den bei den Innungsausschüssen errichteten Gesellenvereinen an dessen Durchführung kein Mitwirkungsrecht zu und ist ein solches auch zweifellos nicht beabsichtigt. Da

es sich jedoch bei der Durchführung und Ueberwachung um behördliche Funktionen handelt, die bisher bezüglich der Handwerksbetriebe den Polizeibehörden zur Last fielen, so sollen also die Innungsausschüsse mit polizeilichen Machtvollkommenheiten ausgestattet werden, ähnlich wie die Berufsvereine hinsichtlich der Unfallüberwachung der ihr unterstellten Betriebe. Dieses Beispiel kennzeichnet aber zugleich die wahre Gefahr der beabsichtigten Neuerung; während die Berufsvereine an einer ihre Ausgaben entlastenden Unfallverhütung hervorragend interessiert sind und daher ihrer Aufgabe den nötigen Ernst wenigstens dort entgegenbringen, wo Leben und Arbeitskraft des Arbeiters einer thatsächlichen Gefahr ausgesetzt sind, haben die Handwerksmeister nicht das geringste Interesse, es mit der Durchführung des Arbeiterschutzes ernster zu nehmen, als die Polizeibehörden; ja, sobald ihr Wettbewerb mit der Industrie in Frage kommt, sind sie allen Erweiterungen des Arbeiterschutzes abhold.

Besonders charakteristisch sind in dieser Hinsicht die lotterhaften, der öffentlichen Gesundheit und den geringsten Ansprüchen des Arbeiterschutzes geradezu Hohn sprechenden Zustände in dem Bäckereigewerbe, wo, wie nirgends sonst, die Innungen dominieren und nur vielleicht 10% der Meister keiner Innung angehören. Aber wir brauchen nicht fremde Gewerbe zum Beweise heranzuziehen, denn gerade die Werkstätten der Holzverarbeitung stehen in Bezug auf die Durchführung der §§ 120—120 d der Gewerbeordnung am schlimmsten. Die sanitären Zustände, die Staubgefahr, die Mängel der Unfallverhütung und die vielfach absichtliche Außerachtlassung der geringfügigsten behördlichen Verpflichtungen geben den Gewerbeinspektoren seit Jahren immer wieder Grund zu ständigen Klagen, und dabei waren es noch immer Einzelfälle, die ihnen in ihrem sonst auf die Großbetriebe beschränkten Wirkungskreis zu Gesicht kamen, die aber in der Regel die Klagen der in den kleineren Betrieben beschäftigten Arbeiter bestätigten.

Ja, die Zustände in den kleineren Betrieben waren derartige, daß vereinzelt die Gewerbeinspektionen den zuständigen Polizeibehörden den Erlaß besonderer Schutzvorschriften nach Maßgabe des § 120 d vorschlugen. Diesen kleinen Gewerbeunternehmern, denen der rücksichtslose Existenzkampf über alle Bedenken des Arbeiterschutzes hinweghilft, den Innungsmeistern, welche sich bisher als die schroffsten Gegner des Arbeiterschutzes erwiesen und in ihrer Agitation auch kein Gehl daraus machten, die Durchführung und Ueberwachung des Arbeiterschutzes in die Hand zu geben, das heißt den Arbeiterschutz völlig untergraben und den Bod zum Gärtner machen, das ist ein Plan, gegen welchen nicht bloß die Handwerksgehülfen, sondern alle Arbeiter und ebenso alle einsichtigen Sozialpolitiker protestieren werden. Ein weiterer beachtenswerther Punkt ist das dem Vorstand der Handwerkskammer zuertheilte Recht, Vorschriften über die An- und Abmeldung von Gesellen und Lehrlingen zu erlassen; zweifellos wird dies zur Einführung der bei den Innungen so beliebten und beson' s bei den Germania-Bäckereinnungen eingeführten Meldebücher benutzt werden, um die Gehülfen unter die Vormundschaft der Meister zu stellen. Nachdem ein ähnlicher Vorstoß bei der Beratung der Gewerbenovelle, wo es sich um die Vorschrift der Arbeitsbücher für alle Arbeiter handelte, glücklich abgewiesen war, wird dieser Versuch, die Bewegungsfreiheit der Handwerksgehülfen zu vernichten, um so schärfere Zurückweisung von Seiten der bedrohten Arbeiter erfahren. Wir wollen nicht veräumen, die Kollegen auf diese Gefahr besonders hinzuweisen. Wer die Vorschriften über das Lehrlingswesen durchstößt, der kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß gerade auf diesem Gebiete die Hauptschlacht des Innungstrummels geschlagen ist. Der Lehrling, selbst der jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren, der nicht bloß vorübergehend mit technischen Hilfsleistungen beschäftigt wird, untersteht völlig dem Machtprüche der Innungsorganisation. Es gewinnt den Anschein, als ob nicht die Innung der Regelung des Lehrlingswesens wegen besteht, sondern als ob die Lehrlinge bloß der Innung wegen da seien. Indes dürfte sich hier das Sprichwort des allzu straff gespannten Bogens bewahrheiten; die Bestimmung, daß jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren in der Regel als Lehrlinge anzusehen seien, selbst dann, wenn ein schriftlicher Lehrvertrag nicht abgeschlossen oder im Arbeitsvertrag vereinbart wurde, daß das Verhältnis nicht als Lehrverhältnis gelten solle — verletzt die großindustriellen Interessen derart, daß ihre Annahme im Reichstage von vornherein ausgeschlossen ist. Soweit geht die Handwerkerfeindschaft der Bourgeoispartei nicht, daß sie der Großindustrie eine ihrer wichtigeren Lebensadern unterbinden sollten.

Im Uebrigen ist die geplante Zwangsorganisation des Handwerks, so kunstvoll das Gebäude auch manchem Handwerker erscheinen mag, ein so unsicherer Bau, daß



seine Urheber sich selber scheuen, für denselben irgend welche Zukunftsgarantien zu übernehmen; daher die namentlich dem Kleinmeister so imponierenden Handwerkskammern nur als provisorische gedacht sein sollen, bis die Handwerker zu einer definitiven Organisation gelangt seien und ihre Einrichtung damit hinfällig werde. Sie sollen sich also ihren goldenen Boden selber zurechtimmern. Diese Unsicherheit kennzeichnet die tödliche Verlegenheit, in der sich die Regierungsorgane befinden. Es ist freilich ein Kunststück, dem untergehenden Handwerk wieder auf die Beine zu helfen, das noch Keiner fertig gebracht hat und auch Keiner fertig bringen wird, und die damit betrauten Regierungsorgane scheinen sich dieser Unmöglichkeit auch völlig bewußt zu sein.

Aber die Staatsraison gebietet ihnen, wenigstens so zu thun, als ob sie dem Handwerk wieder aufhelfen könnten, und so führen sie einen Wunderbau aus, dessen Neuzeres den Wünschen der Künstler entspricht, während der Boden wankt und zusammenzusinken droht, der ihm zum Träger dient. Wer gedächte dabei nicht des bekannten vorjährigen Falles in Düsseldorf, wo ein neuerbautes Lagerhaus ganz plötzlich auf einem dem Rheinischen abgewonnenen Terrain im Rheinschlamm versank? Die hochweisen Stadtväter hatten den trügerischen Boden überschätzt. So wird es auch dem neuen Innungsbau ergehen. Aufgerichtet auf durchwühltem Boden, der schon tagtäglich eine selbstständige Existenz nach der anderen unversehens verschluckt, mit dem einzigen Halt des Lehrlingsmonopols, der Ausbeutung unserer jugendlichen Generation, und der Unterdrückung der Arbeiter, wird der stolze Bau zusammenkrachen, sobald die Stütze sich regt, die heute allein noch den Plunder zusammenhält. Zwei Feinde statt des einen wird die Folge der Dinge sein. Bisher bedrohte der Kapitalismus mit seiner großindustriellen Entwicklung allein das Handwerk, während die Arbeiter, die Ausichtslosigkeit aller Rettungsveruche erkennend, sich passiv verhielten. Oft genug jedoch war es ihre Arbeitskraft, die den versinkenden Handwerksmeister über Wasser hielt und ihm ein längeres selbstständiges Dasein ermöglichte. Dem Zwangsinnungsrummel gegenüber, dieser Neuauflage des engherzigen Zunftwesens, aber werden die Arbeiter um so energischer Front machen, als man mittelst dieses politischen Kretinismus die Arbeiterbewegung unterdrücken will. Den Einzelhandwerker konnte man schonen, aber die jeder Bewegungsfreiheit der Arbeiter feindlich gesinnte Innung wird rücksichtslos die Fehde zu führen haben. Der Stab, den ihre Faust umfrakt, bekommt Leben, und es wird wohl öfter noch vorkommen, daß der Stock seinen Herrn schlägt. Sie haben es so gewollt!

Zögernd und widerwillig zwar, aber mit der Erkenntnis, daß ein Mehr zu erreichen ausgeschlossen ist, haben die Handwerksvertreter auf der Berliner Innungskonferenz der Regierungsvorlage darin zugestimmt, daß auch der nicht handwerksmäßig Ausgebildete, der ein Gewerbe fünf Jahre lang selbstständig betrieben hat, das Recht haben soll, Lehrlinge auszubilden. Den Meistertitel dagegen darf ein nicht handwerksmäßig ausgebildeter Gewerbetreibender nicht führen. Nun, diese werden wohl den Verlust mit Fassung zu tragen wissen. Dagegen beschloß die Innungskonferenz in Erweiterung des Organisationszwanges, daß auch der Großbetrieb, der handwerksmäßig ausgebildete Gehilfen beschäftigt, nach Maßgabe der Zahl dieser Gesellen Beiträge zu den Unkosten der für Gesellen und Lehrlinge begründeten Wohlfahrts-Einrichtungen leisten soll. Das würde demnach eine Verallgemeinerung der den Innungen in § 100 f in Aussicht gestellten Rechte sein, die allerdings mit der Durchführung des Innungswanges für die Fabrikbetriebe eine erhöhte Bedeutung gewinnen muß.

Wenn als der Zweck dieser Erweiterung beabsichtigt wird, die Großindustrie dem Handwerk tributpflichtig zu machen oder ihr die Beschäftigung handwerksmäßig ausgebildeter Kräfte zu verleihen, so werden die Innungen von der Wirkung dieses Mittels wenig Freude erleben. Zunächst werden die Industriellen, denen schon die aus der Arbeiterversicherung ihnen erwachsenden Beitragspflichten die Galle aufregt, sich ganz entschieden gegen eine solche Verallgemeinerung wehren, die ihnen schon deshalb völlig unmotiviert erscheint, weil sie trotz Beitragszahlung nicht das geringste Stimm- und Vertretungsrecht haben. Dazu wird die Ausdehnung des Lehrlingsmonopols der Innungen wenig Sympathien für die letzteren erwecken; der Beitragszwang für die Großbetriebe wird als ein Mittel vorempfunden werden, um die den Innungen nicht angehörenden Arbeitgeber zu diskreditieren, und einige Organe von Industriellen haben sich schon dagegen verwahrt, daß der Großindustrie für den guten Willen, die Lehrlingsüberproduktion des Handwerks zu beschäftigen, noch eine Steuer auferlegt werde. Das hieße die Lehrlingszuchterei des Handwerks, die in einigen Gewerben bedenkliche Blüten treibt, unterstützen. Sollte

indef niemals eine solche Erweiterung, mit welcher sich sonderbarer Weise der Regierungsvertreter, Geh. Rath Dr. Wilhelm, einverstanden erklärt hat, die Zustimmung der Reichstagsmehrheit und des Bundesrathes finden, so wäre die Großindustrie auch dieser Eventualität gewachsen. Sie würde ihr die Nothwendigkeit nahelegen, mehr als bisher für die Heranziehung eines eigenen Arbeiterstammes zu sorgen und für diesen Zweck sowohl die nöthigen Mittel aufzubringen als sich auch die Wege dazu freizuhalten. Und wer in diesem sonderbaren Kampfe zwischen Zwerg und Riese um die Arbeitskräfte Sieger bleiben wird, darüber dürfte wohl wenig Zweifel waken. Sollte jedoch durch eine derartige Steuer auf die Beschäftigung von Handwerksgehilfen den Letzteren einige Schwierigkeit bei der Suche nach Arbeit bereitet werden, so wären diese wohl die Ersten, welche sich der unleidlichen Eigenschaft als Steuerobjekt dadurch entziehen, daß sie auf alle gelernten Regeln der eblen Handwerkskunst pfeifen, um in einem fremden Berufe als ungelernte Fabrikarbeiter ihr Brot zu verdienen.

Die Ausichtslosigkeit, als Handwerksgehilfe Arbeit und Lebensunterhalt zu finden, würde wohl rascher als alle Verbote der Lehrlingszuchterei entgegenwirken und die Handwerkslehre sammt den Handwerkern dauernd in Mißkredit bringen. Den Handwerkern würde damit der letzte Akt, der ihnen eine Stütze bietet, abgefaßt. Sie mögen es also versuchen! Nur in einem Punkte sind die Innungsforderungen unberücksichtigt geblieben, und zwar in Bezug auf den Befähigungsnachweis. Ob die Reichsregierung ihnen auch hierin noch einmal nachgeben wird?

Von Interesse dürfte folgende Aeußerung eines Regierungsvertreters bei Gelegenheit der Innungskonferenz sein, welche durch die Presse ihre Runde macht. Der Vertreter des Reichsamts des Innern soll ausgeführt haben: „Wenn sich die Neuorganisation des Handwerks auf der Basis der Zwangsinnung eingeführt und bewährt (?) habe, so sei es vielleicht möglich, daß die Regierung dann auch der Forderung des Befähigungsnachweises entsprechen werde. Jedenfalls aber werde man in Berlin ein für alle Mal nach all' den gegenwärtigen Erwägungen bei der gegenwärtigen Ablehnung mit Bezug auf diesen Punkt verharren.“ Wir wollen dieser übrigens völlig unverbindlichen Erklärung keinen höheren Werth beilegen als den, daß sie beabsichtigt, die Künstler in guter Stimmung zu halten, und die Verlegenheit der Handwerksretter kennzeichnet, die Schritt um Schritt auf den Rückweg gebrängt, ihren eigenen Prinzipien in's Gesicht schlagen müssen. Und es wird ihnen keine Phase dieser Rückwärtsmauerung erspart bleiben. Die Nichtsnutzigkeit der Handwerkszwangsorganisation wird ihnen auch den Befähigungsnachweis noch abnötigen, aber das dürfte auch der Schlußakt des zünftlerischen Dramas werden. Ueber die Trümmer des Zunftgebäudes gehen Kapitalisten und Arbeiter zu ihrer Tagesordnung über.

**Von der preussischen Fabrikinspektion.**

II.

„Mit den Arbeitern eine merkliche Fühlung zu gewinnen, scheitert in den meisten Fällen an dem geringen Vertrauen, das die Arbeiter den Aufsichtsbeamten entgegenbringen.“ So ungefähr lauten die Ansprüche der meisten Beamten.

Weshalb die Arbeiter den Aufsichtsbeamten so wenig Vertrauen entgegenbringen, dürfte denen, die mit den Arbeiterverhältnissen nur einigermaßen vertraut sind, nicht unbekannt sein. Der Aufsichtsbeamte gehört eben der Klasse der Bessersituirten an, die bekanntlich weder mit den Arbeitern denkt, noch fühlt, noch leidet, ihre Verhältnisse nicht kennt, ihre Leiden nicht mit durchlöst und deshalb ihren Behauptungen nach Besserung ihrer Lebenslage fremd gegenübersteht; und außerdem wissen die Arbeiter, daß das Vertrauen zu den Aufsichtsbeamten schon des Oefteren übel belohnt wurde. Sie sehen, kurz gesagt, einzelne Fälle ausgenommen, in dem Beamten nicht ihren Berater und Beschützer im Kampfe mit dem Unternehmerrthum, sondern recht oft ihren Gegner in dem Bestreben nach Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, und daher das geringe Interesse und Vertrauen, das sie ihm entgegenbringen.

Wir geben zu, daß dies Mißtrauen der Arbeiter den meisten Beamten gegenüber vollkommen unberechtigt ist, ja wir erkennen sogar an, daß die meisten Beamten redlich beabsichtigen, das Vertrauen zu gewinnen, indem sie Sprechstunden einrichten, in welchen den Arbeitern Gelegenheit geboten wird, ihre Anliegen, Klagen und Beschwerden vorzubringen, ohne befürchten zu müssen, von den Arbeitgebern an die Luft gesetzt zu werden. Aber die Stellungnahme der Herren Aufsichtsbeamten zu Lohn- und Streitfragen, sowie ihre Anschauung über Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit der Arbeiter, soweit die sozialdemokratische Richtung in Frage kommt, ferner die Bewandlung derjenigen Unternehmern, die nun mal eine Kleinigkeit auf dem Gebiete der Wohlfahrts-Einrichtungen für die Arbeiter, natürlich von dem von diesen zusammengetragenen Gelde, gethan haben, macht das kaum erlangte Vertrauen wieder illusorisch.

Wir finden es ja recht löblich, wenn der Regierungs- und Gewerberath Herr Trilling in Danzig dem Ansuchen von zwei Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereinen, bei ihrer Jahrestagung die Sprechstunde zu halten, nachkam und auch der Einladung eines bestrittenen Gewerbevereins zum 25jährigen Stiftungsfest Folge leistete; ob er diese Bereitwilligkeit auch wohl auf sozialdemokratischem Boden stehenden Gewerkschaften gegenüber gezeigt haben würde? Bekanntlich sind auf deren Festen weder Oberbürgermeister, Stadträthe, Fabrikanten, noch sonst Herren mit großem Namen und Titel als Gäste vorhanden, und da würde sich der Herr Gewerberath zwischen lauter schlichten und dazu noch sozialdemokratischen Arbeitern doch wohl recht vereinsamt fühlen, und deren Gesellschaft lieber meiden. Außerst offen spricht der Regierungs- und Gewerberath für Potsdam seine Meinung über diese Frage aus. Er bedauert, daß die Arbeitnehmer von der Einrichtung der Sprechstunden an den ersten und dritten Sonntagen jedes Monats von 12-2 Uhr Nachmittags und an jedem Montag von 7-9 Uhr Abends so wenig Gebrauch machen. Schuld daran sei wohl, daß die Sprechstunden so wenig bekannt seien, da sie nur in den Amtsblättern der kgl. Regierung und den Kreisblättern bekannt gemacht würden. Er führt auch Klage darüber, daß die politischen Tageszeitungen — mit Ausnahme der sozialdemokratischen Parteiblätter — im letzten Jahre die Thätigkeit der staatlichen Gewerbeaufsicht todtgeschwiegen haben, außer wenn sie Klagen von Unternehmern über angebliche Uebergrieffe von Beamten ihre Spalten öffneten. Von einer Unterredung mit den Arbeitern über gesundheitliche Mißstände, Lohnabzüge, Bestrafungen während einer Revision in Gegenwart des Fabrikanten rath er ab, da die Wahrheit, aus Furcht, entlassen zu werden, doch verschwiegen würde. Die Unterredung würde sich also nur auf einige Worte beschränken müssen. Um so sonderbarer scheint es, daß der Herr Beamte unter den Umständen die Arbeiter auch an anderer Stelle nicht ausfragen will, weil dadurch die guten Beziehungen zum Arbeitgeber noch mehr geschädigt würden. Sollten die guten Beziehungen nicht dann auch geschädigt werden, wenn der Arbeiter während der Sprechstunden um die Mißstände in der Fabrik befragt würde? Wenn das befürchtet wird, dann sollte man lieber des „guten Einvernehmens wegen“ zwischen Arbeiter und Arbeitgeber die Sprechstunden einstellen. Etwas Anderes ist es mit dem Ansuchen der Arbeiter in deren Wohnungen, an Vergnügungsorten oder Versammlungen seitens der Aufsichtsbeamten in dienstlicher Weise. Wir schließen uns da ganz der Ansicht des Beamten Berlin II an, daß diese Art Verkehr, sofern Zeit und Umstände einen solchen überhaupt zulassen, nur einen rein persönlichen und privaten Charakter tragen kann.

Die nachstehenden Aufsichtsbeamten geben bekannt, daß sie Sprechstunden eingerichtet haben, die von den Arbeitern leider sehr wenig besucht wurden. Da eine Reihe Beamten dem ungenügenden Bekanntheit der Stunden den schwachen Besuch zuschreiben, so wollen wir durch Bekanntgabe der Sprechstunden zum Bekannntwerden beitragen:

Berlin-Charlottenburg: Dr. Sprenger-Berlin. In den Mittagsstunden täglich; außerdem an jedem Donnerstag Abend und jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags. Stettin: Gewerberath Eder. Jeden Mittwoch, Abends 7-8 Uhr; jeden Sonntag, Vormittags 8 1/2-9 1/2 Uhr. Köslin: Gewerbeinspektor Franz. Jeden Montag, Abends 6-8 Uhr; jeden ersten Sonntag im Monat 8-9 1/2 Uhr. Straßund: Herr Schwager. Jeden ersten Sonntag im Monat von 8-10 Uhr.

Posen: Herr Dr. Schmidt hat Sprechstunden eingerichtet, die leider nicht besucht werden, da die meist polnisch sprechenden Arbeiter sich mit dem ihnen sprachlich fremden Aufsichtsbeamten nicht verständigen können. Auch sonst lernt der Beamte in den wenigen Besuchen die Arbeiter nicht kennen, weil er fast ganz von Kesselfrevisionen in Anspruch genommen wird. Die Zeit der Sprechstunden ist nicht angegeben.

In Breslau: Gewerberath Gargemann. Dels: Gewerbeinspektor Tornier. Waldenburg: Herr Tobias. Reichensbach: Herr Löpert. Bei Allen Sprechzeit Sonntags von 11-1 Uhr. Das Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerbeaufsichtsbeamten steigt in sichtlicher Weise. Ihre Vermittelung wurde in 78 Fällen nachgesucht. Beschwerden wurden hauptsächlich durch die Vertreter des Gewerkschaftskartells (Breslau) angebracht, die sich fast immer als begründet erwiesen.

Berlin: Herr Stumpfe. Sonntags vor und nach dem Gottesdienst. Von den übrigen Orten des Bezirks ist nichts bekannt. Oppeln: Herr Karl Hartmann. Sprechzeit: Donnerstags von 4-8 und Sonntags von 8-10 Uhr. Bautzen: Herr Uenz. Sprechzeit wie vorstehend. Rattowitz: Herr Dr. Cymalis. Donnerstags von 4-8 Uhr. Jeden ersten und zweiten Sonntag im Monat von 8-10 Uhr Vormittags. In 110 Fällen suchten im Revisionsbezirk die Arbeiter um Rath bei den Beamten nach.

Hagdeburg: Herr Gewerberath Hirsch und Dr. Pöcher. Stendal: Herr Gewerbeinspektor Köpke. Halberstadt: Herr Hangel. Sprechstunden: Jeden Mittwoch und Sonntags von 7-8 Uhr Abends und jeden ersten Sonntag im Monat Mittags von 12-1 Uhr.



Merseburg: Herr v. Rosnowski. Halle: Herr Haendler. Eisenach: Herr Reihner. Torgau: Herr Horn. Sprechstunden: Donnerstags Morgens von 9-1 Uhr und Nachmittags von 2-7 Uhr und Sonntags Vormittags außerhalb der Kirchzeit. Schleiz: Herr Rittershausen. Montags von 6 bis 7 Uhr. Weimar: Herr Schlegel. Montags von 9-10 Uhr. Jena: Herr Schlegel. Montags von 6-8 und jeden ersten und dritten Sonntag im Monat von 9-10 Uhr Vormittags. Neumünster: Herr Wallenius. Montags von 2-8 Uhr Nachmittags und Sonntags von 12-1 Uhr. Altona: Herr Lesser. Jeden Montag von 2-8 und jeden Sonntag von 8 1/2-9 1/2 Uhr Vormittags.

In Altona wurden beim Beamten nur 13 Arbeiternehmer, aber 260 Arbeitgeber vorstellig; er klagt darüber, daß weder Arbeitervereine noch sonstige Arbeiterorganisationen Verbindung mit ihm gesucht haben.

Desgleichen klagt die Beamten für den Inspektionsbezirk Hannover-Dröbichau, daß die an den Sonntagen Vormittags außer der Kirchzeit eingerichteten Sprechstunden nicht benutzt werden. Gegen den Vorwurf des Herrn Regierungs- und Gewerberaths Müller in Hannover: „Daß den leitenden Stellen der Arbeiterorganisationen weniger an einer Befestigung vorhandener Mißstände gelegen ist, als an einer möglichst großen Zahl von Klagen über angeblich bestehende Ungehörigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen,“ müssen wir entschieden zurückweisen. Wir sagten schon oben, aus welchem Grunde die Arbeiter kein Vertrauen zu den Beamten haben, sollte das nicht auch für den Inspektionsbezirk Hannover zutreffen? Im Uebrigen mag es wohl gleichgültig sein, auf welchem Wege dem Herrn Gewerberath Kenntniß von vorhandenen Mißständen und Verstößen gegen die gesetzlichen Bestimmungen gegeben wird, möge er nur für deren Beseitigung bezw. Bestrafung Sorge tragen.

Hildesheim: Herr Grünwald. Northeim: Herr Dr. Leymann. Sprechstunden in beiden Orten: Jeden Donnerstag, Vormittags von 11-2, Nachmittags 4-9 Uhr und an jedem ersten Sonntag im Monat von 8-1 Uhr, außer der Kirchzeit. Paderborn: Herr Jäger. Jeden Donnerstag von 3-6 Uhr Nachmittags, jeden Sonntag von 11-12 Uhr. Bisher wurden die Sprechstunden von Arbeitern überhaupt noch nicht benutzt. Künig: Herr Wilhelm. Jeden Sonntag von 11-1 Uhr Mittags. Dorsten: Herr Reuter. Jeden zweiten Sonntag von 11-1 Uhr. Die Sprechstunden wurden nur wenig von Arbeitern, häufiger von Arbeitgebern besucht. Minden: Herr Käster. Den ersten und dritten Sonntag eines jeden Monats, von 8-9 1/2 Uhr Vormittags. Bielefeld: Herr Hübner. Jeden ersten und dritten Sonntag von 12 1/2-1 1/2 Uhr. Trotz Bekanntmachung in Kreisblättern und der „Kollwacht“ in Bielefeld ist in den Sprechstunden weder Arbeiter noch Arbeitgeber erschienen.

Im Bezirk Arnsberg sind in fast allen Orten jeden ersten und dritten Sonntag im Monat Sprechstunden eingerichtet; leider ist die Zeit nicht angegeben. So in Dortmund: Herr Beyers, Hamm: Dr. Wewers, Bochum: Herr Bad. Hagen: Herr Meier, Siegen: Herr Dr. Jung, J. J. Isha: Herr Dr. Sprad, Arnsberg: Herr Gewerberath Schäfer. Die Sprechstunden wurden zwar verhältnismäßig wenig benutzt, haben aber doch zu einem regeren Verkehr zwischen Beamten, Arbeitern und Arbeitgebern beigetragen.

Kassel: Herr Steinbrück. Hat Sprechstunden eingerichtet; die Angabe der Zeit fehlt. Ebenso in Fulda: Herr Scheibel. In Hanau und anderen Orten werden besondere Arbeitersprechstunden am Abend bekannt gemacht, wenn der Aufsichtsbeamte zur Verfügung steht. In Kassel sind die Sprechstunden gar nicht, im Bezirk Fulda nur in geringem Maße benutzt worden. In Hanau, sagt der Bericht, hätten sich fünf Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Gewerbetreibende eingeschrieben, die, wie der größte Theil der Bevölkerung Hanaus, der sozialdemokratischen Partei angehören. Sie glaubten sich als Vertreter der gesamten Arbeiterschaft bezeichnen zu können und hätten Klage über schlechte Arbeitsverhältnisse, unzureichende Arbeitszeit, Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen für jugendliche Arbeiter u. s. w. Aber die Behauptung der sozialdemokratischen Arbeiter ebenso wohl und abweichend wie der Lohn in verschiedenen Betrieben, kann man nicht, wenn die Arbeiter auf die Behauptung der Hanauer Aufsichtsbekanntmachung verzichten.

Wiesbaden: Herr Dr. Lind, Frankfurt a. M.: Herr Bockel. Sprechstunden: Am ersten und dritten Sonntag jedes Monats, Vormittags von 11 1/2-1 1/2 Uhr und am zweiten und vierten Sonntag jedes Monats von 7 1/2-7 1/2 Uhr Nachmittags. In Wiesbaden sind die Sprechstunden im Vorjahre weder von einem Arbeitgeber noch Arbeiter besucht worden. In Frankfurt wurden mehrere Male Mitglieder der Beschwerdekommission des Gewerbetreibenden vorstellig; auch schriftlich wurden dieselben Beschwerden ein.

Koblenz: Herr Gewerberath Kiel. Sprechstunden: Montags Vormittags von 9-12, Nachmittags von 3-6 und 7-9 Uhr; Sonntags von 9-10 Uhr Vormittags. Ein ausgedehnter Verkehr mit den Arbeitern hat nicht stattgefunden. Düsseldorf: Herr Gewerberath Herbold. Duisburg: Herr Simon. Barmen: Herr Jätsch. Krefeld: Herr Weda. Solingen: Herr Lammann. München-Gladbach: Herr L. Müller. Sprechstunden in allen Gewerbeinspektionen an allen Wochentagen in den Werkstätten, an allen Sonntagen

tagen Vormittags. Trotz des Entgegenkommens, heißt es, war der Erfolg kein nennenswerther. Günstig über den Besuch der Arbeiter in den Sprechstunden äußern sich die Beamten der Solingen, Barmen und Duisburg. In München-Gladbach haben die Sprechstunden nur drei Arbeiter besucht. In Krefeld wird fast gar kein Gebrauch davon gemacht. Im Düsseldorf-Bezirk sind die Sprechstunden von keinem Arbeiter, von Arbeitgebern nur sehr selten benutzt worden.

Köln: Herr Gewerberath Goebel. Bonn: Herr Dr. Kraas. Mülheim a. Rh.: Herr Fischer. Sprechstunden in allen Bezirken Sonntags Vormittags, außer Kirchzeit. Genaue Zeitangabe fehlt. Des besseren Bekanntwerdens wegen wird noch vorgeschlagen, die Sprechstunden durch Aushang in den Arbeitsräumen bekannt zu geben. Bitter beklagt sich Herr Goebel über das mangelnde Vertrauen der Arbeiter zu den Beamten. Er glaubt, wenn es den Arbeitern noch nicht möglich sein sollte, zu der Parteilosigkeit, der Verschwiegenheit und dem guten Willen der Aufsichtsbeamten Vertrauen zu gewinnen, es sich dann doch empfehlen dürfte, eine Beschwerdelommission zu wählen, welche die erhobenen Beschwerden zu prüfen und gegebenen Falles den Verkehr zwischen Arbeitnehmer und Gewerbeinspektor zu vermitteln habe.

Trier: Herr Dr. Beckmann. Saarbrücken: Herr Dr. Stenbeck. Sprechstunden finden statt. Nähere Angabe fehlt. Laut Bekanntmachung sind die Beamten für die Arbeiter an Sonn- und Feiertagen zu sprechen. Als ein Zeichen, daß das Vertrauen der Arbeiter allmählich zunimmt, führt der Beamte Einladungen zur Theilnahme an Versammlungen von Arbeitervereinen und dergleichen an.

Aachen: Herr Gewerberath Storp. Angabe über die in der Woche festgesetzte Sprechstunde fehlt. Sonntags findet dieselbe Vormittags statt, ist aber von Arbeitern noch nicht benutzt worden. Die meisten Beschwerden gehen schriftlich ein; die gebotene Gelegenheit, solche persönlich vorzubringen, werde nur selten benutzt.

Sigmaringen: Herr Vaurath Froebel theilt mit, daß das Vertrauen zu den Arbeitgebern befriedigend war. Den Arbeitern besondere Gelegenheit zu geben, mit dem Aufsichtsbeamten in persönlicher Verbindung zu treten, hält er nicht für nöthig, weil die Beziehungen der Arbeiter zu den Arbeitgebern im Allgemeinen gut sind.

Auch ein Grund und ein Mittel zur Gewinnung des Vertrauens der Arbeiter!!

Die Harmonieapostel an der Arbeit.

Dem Zwang der förmlichen Mitglieder, nicht dem eigenen Triebe, ist wohl die Zusammenkunft des Generalstabes der Hirsch-Dunder'schen Gewerbetreibenden am 3. November in Berlin zuzuschreiben. Schon seit längerer Zeit wurden Stimmen laut, daß den Mitgliedern mit dem Hinweis auf die harmonischen Interessen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nicht geholfen sei. Die Lage der Arbeiter verschlechterte sich von Jahr zu Jahr, die Löhne würden immer geringer und die Arbeitszeit immer länger; aber seitens der Gewerbetreibenden geschähe Nichts, um eine merkliche Verbesserung der Angehörigen der Gewerbetreibenden anzustreben; es müsse endlich gegen die frigiditäre Verleumdung der Mitglieder Front gemacht und etwas gethan werden. Der Vorstandtag in Danzig hatte uns schon den zufriedenen und wohl zugleich den einsichtigen Mitgliedern mit der Annahme einer Resolution, die eine rege Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht stellte, den Mund gestopft, aber es half nichts, praktische Arbeit verlangt man und die zusammengekommenen Generalstab soll nun über die Mittel und Wege beschließen, resp. Ja und Nein zu den Vorschlägen sagen, die die Hirsch-Dunder'schen unterbreiten.

Er hält ihnen dann zunächst eine lange, salbungsvolle Rede, in der sich der Harmonieapostel in seiner ganzen Glorie zeigt. Die geübte Geschicklichkeit dürfte manne benutzt werden, um durch Störung angemessener Forderungen, so wie es irgend möglich auf friedlichem Wege, bessere Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse zu erlangen; auch der Herabdrückung der Arbeitszeit müsse entgegengetreten werden. Er giebt zu, daß innerhalb 27 Jahren, also seit Bestehen der Gewerbetreibenden, sehr wenig zur Verbesserung der Lohnverhältnisse der Mitglieder geschähe sei; daran sei aber nicht die Zentralleitung, sondern die Ortsvereine selber schuld.

Das kommt; warum haben diese die Harmonieapostel nicht lange zum Tausel gejagt, warum haben sie sich immer wieder verhalten lassen, anstatt selber mal energisch Hand an's Werk zu legen? Es schadet ihnen gar nichts, wenn Hirsch sie so ihrer Energie beraubt mal gründlich zudeckt; aber sie lassen es sich trotzdem gefallen, daß er wieder nur den einen Vorschlag macht, daß es gegen die enorm niedrigen Löhne und überlangen Arbeitszeiten nur ein Mittel giebt: das der friedlichen Verkürzung mit den Arbeitgebern. Trotzdem er selber jagt, daß „manche verstaute friedliche Verkürzung oft ohnedies in schroffer, kränklicher Form abgewiesen worden ist.“ Ist die Verkürzung doch ein bewährter Grundsat, der Weg ist gangbar, wie die vielen Orte, die auf diesem Gebiete Hungen seien, beweisen sollen. Schade, daß Herr Hirsch sich über die große Zahl der Erfolge und die Orte, wo er diese erlangt, nicht äußert. Hoffentlich hat er Götter und Schmäler als Ursache seiner Unthätigkeit nicht angegeben. Daß seine bisherigen Anhänger sich von der friedlichen Verkürzung mit den Arbeitgebern nichts mehr versprechen, haben ihm einzelne Vertreter deutlich genug zu verstehen gegeben; offenbar befindet er sich in einer großen Patz. Nur zwei Wege, meint er, giebt es, wenn wir unseren bewährten Grundsatzen nicht mehr vertrauen wollen: Entweder die Arbeiter lassen sich alles gefallen und sind geduldig wie die Schafe (als ob es bei den Gewerbetreibenden schon jemals anders gewesen wäre), oder sie gehen in das extreme sozialistische oder sozialdemokratische Lager. Gott sei Dank, so weit ist Herr Hirsch noch nicht gekommen. Seine Vertreter den letzteren Weg einschlagen zu wollen, noch hat er immer große Erfolge auf dem bisherigen Wege

anzuweisen, wenigstens hat seine Gewerbetreibenden schon „oft von solchen praktischen Erfolgen zu berichten“ gewußt.

Das stimmt; in der glorifizirung von Bürgermeistern, Landräthen, Fabrikanten und sonstigen Leuten in einflussreichen Aemtern hat Herr Hirsch und seine ihm bis an die Schulsohlen ergebene Presse schon etwas geleistet. Sind jemals Arbeiter zur Heuchelei und Knechtlichkeit erzogen worden, so darf Herr Hirsch sich rühmen, sein rechtlich Theil dabei gethan zu haben. Er schmeißt ihm persönlich recht tief, daß die Nationalökonomie verwandter Richtung ihn und seine Thätigkeit in ihren Büchern nicht über das Bohnenkied gelobt haben; wohl erkannten sie an, daß die Gewerbetreibenden in ihrem Rassenwesen (zu Streikbrechern etwa?) und Bildung (!) sehr viel thun, aber in Bezug auf ihre Thätigkeit zur Besserung der Löhne und der Arbeitsverhältnisse sei in ihren Büchern wenig oder gar nichts zu lesen. Was ein Wunder, wenn nichts gethan und geschehen ist, kann auch nichts gerühmt werden, oder meint Herr Hirsch, so ein Bösen Geschichtsfälschung und Verweihrauchung im Interesse der Gewerbetreibenden und ihres großen (!) Gründers hätte doch gemacht werden können?

Herr Dr. Hirsch erzählt da, daß es von Anfang an sein Ideal gewesen sei, daß auf dem Gebiete der gründlichen Arbeiterreform von den deutschen Gewerbetreibenden recht Großes geleistet werden sollte! Aber — die Mitgliederzahl war bisher zu klein, nun, wo 70 000 selbstbewusste (!) Arbeiter und Handwerker vereinigt seien, — soll's losgehen. Natürlich mit allem Feuer, mit Muth und Ausdauer — in den Kampf etwa? — Gott bewahre! Unter der Löwenmähne lugen die langen Eitelohren heraus; der Weg des offenen Kampfes bewährt sich nicht, nein, Herr Hirsch greift schnell wieder zu den Einigungsämtern, und sagt dann mit Pathos: „Es müßte merkwürdig zugehen, wenn vernünftige Menschen es nicht fertig brächten, freitragige Fragen zu beiderseitigem Wohl in friedlicher Unterhandlung auszugleichen.“ Hirsch sagt, die Einigungsämter haben sich hundertfach bewährt und seine Generale erklären: Die friedliche Verkürzung hat nichts genützt. Natürlich muß das der Arbeiter besser wissen. Herr Hirsch jagt: „Wir können nicht unsere Gewalt nur immer etwas thun lassen und selbst nichts thun, unsere Genossen werden mit in die Streiks hineingezogen, müssen die Kosten mit aufbringen, haben die Nachtheile mit zu tragen und haben nichts zu sagen, man läßt uns aber mit blechen und beschimpft uns obendrein. Das muß anders werden,“ ruft er pathetisch aus.

Wir strengen unsere Blicke an, zu sehen, was denn nun folgen wird und — sind wieder enttäuscht! „Wir wollen den Frieden, wollen unsere friedlichen Grundsatze beibehalten, wenn wir nicht wollen, daß die heiligsten Güter unserer Organisation, unsere Prinzipien, in Mitleidenschaft kommen sollen.“

Ob solcher Kurzsichtigkeit die Kommission vor Mitleidenschaft zu bewahren, wo ihr derselbe selbst in den eigenen Reihen entgegengebracht wird, beneiden wir den Herrn Dr. Hirsch wahrhaftig nicht, ebensowenig beneiden wir diejenigen Arbeiter, welche den Hirsch-Dunder'schen Gewerbetreibenden beitreten, um, wie ihr Gründer meint, „recht viel aus den Kassen zu ziehen, und die Organisation als die mickende Kuh betrachten.“ In den Kassen ist bekanntlich gähnende Leere, die Inbalidkassen ist lange flühen, die Heise- und sonstigen Unterstützungen sind für die Kasse, und die Paradedressen, welche über eine Reihe von Jahren über gezahlte Krankenunterstützung, Medizinalkassen u. veröffentlicht werden, ziehen nicht, bezwecken auch nur, Denen Sand in die Augen zu streuen, die man gerne fangen möchte.

Aber gethan werden muß etwas, das Messer sibt den Nachern im Zentralrathe an der Kehle, die Kassen regen sich; sie haben es satt, sich immer und ewig Friedensschalmeien vorblasen zu lassen, immer und ewig auf die „Gemeinsamkeit der Interessen“ von Arbeitgeber und -nehmer hingewiesen zu werden, welche Erstere angeblich aus allerhand Rücksichten, auch der der Konkurrenz, selber nicht in der Lage seien, die Wünsche der Arbeiter zu berücksichtigen, geschweige denn Forderungen höherer Löhne zu billigen. Die Mitglieder wollen endlich, daß von Oben etwas unternommen werde, das eine Besserung ihrer Lebenslage e. arten läßt. Herr Dr. Hirsch hat den Plan vernommen und geht „müthig“ an's Werk. Er empfiehlt ihnen, d. h. den Generalen seiner Armee, eine Resolution zur Annahme, die sich gewaschen hat und allen Arbeitgebern das Blut in den Adern gerinnen machen dürfte. In derselben wird den einzelnen Generalräthen und selbstständigen Ortsvereinsvorständen dringend anempfohlen, neben eifriger Agitation möglichst in halbjährigen besonderen Sitzungen die praktische Verbesserung der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse, vor Allem an Orten mit abnorm niedrigen Löhnen und überlangen Arbeitszeiten, nach den bewährten friedlichen Grundsatzen unserer Organisation thätig in die Hand zu nehmen.“ Auch eine Resolution zwecks Festsetzung eines Maximalarbeitstages soll eingebracht werden.

Das ist an praktischen Vorschlägen, die freilich keinen Fund hinter'm Ofen hervorlocken werden, beiseite noch nicht Alles. Auch ein Flugblatt an die Arbeitgeber soll verfaßt werden. Dasselbe ist bereits im „Gewerbetreibenden“ abgedruckt. Wir müssen es uns aber leider versagen, näher darauf einzugehen, konstatiren nur, daß dasselbe nichts weiter enthält, als einen Lobgesang auf die bewährte Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, und eine sehr „gelehrte“ volkswirtschaftliche Abhandlung über die Zweckmäßigkeit einer kürzeren Arbeitszeit der Arbeiter im Interesse der Arbeitgeber, was an mehreren Ansprüchen von Fabrikinspektoren nachgewiesen wird. Er redet dann den Arbeitgebern freundlich in's Gewissen und versichert, wenn sie den Wünschen der Arbeiter, die Arbeitszeit zu reduzieren, nachkämen, sie des Dankes dergleichen sicher wären und in der Bausündenzeit und Freundschaft der Arbeiter würden schönsten Lohn finden. Schluß!

Die sich an den Vortrag des Dr. Hirsch anschließende Diskussion scheint ihm nicht sonderlich behaglich zu haben, denn mehrere Generalratsmitglieder wendeten sich dagegen, daß Herr Hirsch nur einen Appell an die Arbeitgeber, nicht aber auch an die Arbeiter richten wolle; der Appell sei zwecklos, trotz der schönen Grundsatze der Volkswirtschaft, die er darin entwickelt habe. Mit den 70 000 Mitgliedern, die der Gewerbetreibenden zähle, könne ein einmüthiger Erfolg erzielt werden, was nichts Unabsehliches heißt, als der Bruch mit der bisherigen Harmoniepolitik. Der Vorsitzende, Manich, konstatirt, daß sich die Ortsvereine leider nicht mit Hattenen als mit der Lage ihres Gewerbes befaßten. H. a. p. aus Burg verspricht sich von dem Appell an die Arbeitgeber nichts; ebenso G. d. y., Rastbachbauer; ihm fehlt der Glaube an das Entgegenkommen der „Arbeitgeber“; die Unternehmerschaft hege sich nur der Gewalt. Hirsch selbst habe das



„Prinzip“ durchbrochen und für den gesetzlichen Maximalarbeits- tag gestimmt.

Natürlich wurde er für diese Dreifachheit von dem Herrn Girsch gründlich abgelehnt, um so schärfer, als er auch von dem hürbaren Tritt der Arbeiterbataillone gesprochen hatte, was doch in einer so friedlichen, in Harmonie schwebenden Versamm- lung ungehörig ist.

Im Schlußwort wundert sich Mag Girsch, wie Gök davon sprechen könne, daß er (Gök) von seinen (Girsch) Vorschlägen ernüchert worden sei, und verwahrt sich dagegen, daß ihm etwa zugemuthet sei, er werde den Stein der Weisen finden. Er (Girsch) sei durch die Debatte aber auch ernüchert, denn dieselbe habe ihm gezeigt, daß einzelne Redner die Grundfrage der Gewerksvereine verleugnet hätten. Wenn er nicht Alles erörtert habe, so deshalb, weil nicht Alles mit einem Male gefordert und errungen werden könne. Das stimmt, Herr Doktor, immer langsam voran; bei allen Fragen, welche zur Verbesserung der Arbeiterlage führen sollen, ist es notwendig, daß zunächst erwogen wird, ob die „armen“ Unternehmer auch einen Nachtheil davon haben könnten, wenn ja, dann lassen wir das oder flunkern den Arbeitern vor, man wolle den Weg der friedlichen Vereinbarung wählen, der sicherer zum Ziele führe. Nur so fort, Herr Dr. Mag Girsch, und Sie haben die längste Zeit die Ehre gehabt, im Interesse des heiligen Kapitalismus als treuer Diener der Partei des ungezügelter Gewinnerwerkes auf Kosten der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft Tausende Proletarier zu deren eigenem Nachtheile leithammeln zu dürfen.

Das Prinzip der gleichen Interessen zwischen Kapital und Arbeit ist keine Anziehungskraft mehr aus auf die seit 27 Jahren getäuschten Arbeiter. Diese haben einsehen gelernt, daß die Phrase von der Harmonie der Interessen eben nur eine Phrase ist und auch nur sein kann, weil das Arbeiterinteresse dem des Kapitalisten schnurstraks zuwiderläuft und auch nur dem Zweck haben soll, die Arbeiter über ihre Abhängigkeit vom Kapital hinwegzutäuschen. Jeder einzelne Anhänger der Ge- werksvereine, der diese Ueberzeugung gewonnen hat, zimmert mit an dem Sarge, in dem der schon im Erblichen begriffene Ruhmeskern des größten Harmonieapostels dieses Jahrhunderts lang- und Klanglos begraben werden wird.

Sozialpolitische Rundschau.

Ein ergötzliches Schauspiel, so sehen, wie sich die Innungsbrüder untereinander die schönsten Liebenswürdigkeiten an den Kopf werfen, oder richtiger, wie ein Hünstlerorgan, der „Deutsche Tischlermeister“, dem Berliner Zentralauschuß heim- leuchtet. Das Organ läßt es sich angelegen sein, die Unter- schiebe zwischen echten und unechten Berlinern herauszurücken und sagt, daß kaum ein Hünstler der Berliner Einwohner ge- borene Berliner seien, aber in der Provinz begegne man ihnen auf Schritt und Tritt, wo man sie nicht sehe, höre man sie doch. So machten sich z. B., so schreibt der „Tischlermeister“, auf dem Dresdener Tischlertage zwei Berliner Häuptlinge gleich beim Eintritt in's Hotel durch ihr rohes und lautes Betragen so unangenehm bemerkbar, daß die Neugier gethan wurde: „Man schämt sich, für die Menschen ein Quartier bestellt zu haben; das soll uns aber auch nie wieder vorkommen.“ Die Schilderung der Berliner an sich kümmert uns hier nicht, weil die Berliner Einwohner, ob Handwerker oder Arbeiter, nicht alle über einen Kamm geschoren werden können. Leute, denen die Schnoddrigkeit über Alles geht, und die Einwände gegen ihre Ansichten, selbst wenn es die berechtigtesten und richtigsten sind, als „Quatsch“ bezeichnen, giebt es auch noch anderswo. Auch in vielen anderen Orten soll es vorkommen, daß sowohl Arbeitern wie Handwerkern „ruhige Denker und Sprecher höchst schnuppe sind, dagegen recht flache Redner, die mit hohen Schlagworten um sich werfen und sich auf's Flaumenmachen verstehen, ihnen am meisten imponiren.“ Zu denen, die viel mit Zunge und Zunge arbeiten, aber keine geistige Kraft erzeugen, zählt der „Deutsche Tischlermeister“ auch dem Berliner Zentralauschuß, vornehmlich den Dr. A. Schulz, der viele Handwerkerzeitungen gegründet oder doch inspirirt habe, überall sei die bekannte Hand dazwischen gewesen, und wo sie hinsah, entstand geistige Debe und bald absolute geistige Beere. Die geistige Impotenz des Zentralauschußes und das Spinnwebgewebe von egoistischen Mantelstern und Pantstern, das sich theils sichtbar, theils unter der Hebelkappe der Heuchelei um ihn gebildet habe, sei das große Unglück der Handwerkerbewegung. Berger als der „Deutsche Tischlermeister“ scheint die „Deutsche Handwerkerzeitung“ in Berlin dem Zentralauschuß eingeheißt zu haben, denn ersterer meint, „die Geister, die er in seinen Bildern zeige, seien allerdings nicht so denksich zu sehen, wie die Dinge, welche die „deutsche Handwerkerzeitung“ aus dem „geöffneten Rinderauch“ heraus- holt und dem Zentralauschuß unter die Nase hält, daß es schrecklich zu sehen und zu hören ist; einem Handwerkerkreise können darüber die Paare zu Berge stehen.“ Das glauben wir nach den bisherigen Enthüllungen auch.

In der Anregung aus Kassel, betreffend die Ein- berufung eines Kongresses der Gewerbegerichtsbeisitzer (siehe Nr. 42 der „Holzarbeiter-Zeitung“), haben auch die Arbeiter- beisitzer des Hamburger Gewerbegerichts Stellung genommen. Sie beschloßen am 31. Oktober, erst abzuwarten, ob und welche Stellung der im Frühjahr stattfindende Gewerkschaftskongress zu der Frage einnehmen wird; erst dann sollen weitere Schritte unternommen werden, vorausgesetzt, daß der Gewerkschaftskongress die Abhaltung eines Beisitzerkongresses für notwendig hält.

Da die Beisitzer aus den gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkreisen gewählt werden, sei es nach Ansicht der Hamburger Arbeiterbeisitzer auch notwendig, daß der Gewerkschaftskongress ihnen einen Halt gebe.

Von den Verhandlungen der Konferenz, die zwecks Beratung über eine eventuelle Vereinfachung der Versicherungs- gesetze (wie Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung) seit dem 4. November im Ministerium des Innern gepflogen wurden, verlautet nichts Bestimmtes. Als Sachverständiger ist der Prä- sident des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker zugegen. Ob auch andere Sachverständige, wie Vorsitzende von Krankenkassen resp. freien Hülfskassen zugegen waren, bezweifeln wir bezweigen, weil dem Vorsitzenden des Verbandes freier Krankenkassen auf eine Anfrage zwecks Vertretung auf der Konferenz vom Staats- sekretär des Innern Dr. v. Bötticher folgende schriftliche An- wort zugeht:

Berlin, den 30. Oktober 1895.

Ihrer Wohlgeboren erwidere ich auf die gefällige Zuschrift vom 26. d. M. ergebend, daß es bei der zum 4. l. M. hierher

berufenen Konferenz zur Besprechung der Arbeiterversicherung einer besonderen Vertretung der eingeschriebenen Hülfskassen nicht bedarf. Der Staatssekretär des Innern. v. Bötticher.

Die Vertretung der freien Hülfskassen hätten wir um so nötiger gehalten, als eine Angliederung der Krankenversicherung an die Verbindung der jetzt bestehenden Rentenversicherung (wie Unfall-, Invaliditäts- und Altersrente) nach einem Vorschlage des Herrn Dr. Bödiker wahrscheinlich geplant wird. Geschehenes läßt sich nicht ungeschehen machen; die freien Hülfskassen werden sich aber, falls die in der Konferenz gemachten Vorschläge an berufener Stelle zur Sprache gebracht und eine Benachtheiligung resp. Schädigung für die freien Hülfskassen dabei herauskommen sollte, des abweisenden Bescheides des Herrn Staatsministers erinnern. Viel Nützlicheres wird für die freie Selbstverwaltung dabei jedenfalls nicht herauskommen, schablonisierte Verwaltung wird man für „besser“ halten.

Dem § 153 der Gewerbeordnung wird seitens der Arbeiter, trotz aller Mahnung, immer noch viel zu wenig Be- achtung geschenkt. Die Nichtbeachtung zieht immer schwere Folgen nach sich: Geld- und Gefängnisstrafen. Wir können nicht umhin, auch unseren Kollegen den Rath zu geben, bei allen Streiks und Ausständen sich die Thatsache in's Gedächtniß zu rufen, daß der § 153 der Gewerbeordnung nicht in Stein gehauen, sondern auf Papier geschrieben ist. Hüte man sich etwaigen Streikbrechern gegenüber vor unbedachten Aeußerungen, noch lasse man sich durch geschloßene Gesellen gar zu Thätlichkeiten verleiten. Dem Unternehmertum sind die Unbedachtlichkeiten der Streikenden immer sehr erwünscht, indem sie dann, wenn auch nur anscheinend, Ursache haben, beim Publikum großen Lamtam zu schlagen, sich als die reinen Engel aufzuspielen und die Polizei im Interesse der „öffentlichen Ordnung“ auf die Ausständigen zu hetzen. Nicht selten sind unbedachte Aeußerungen und moralische Ohrfeigen einem Streikbrecher gegenüber den Streikenden zum Nachtheile geworden, da sich Publikum und Presse oftmals, vorausgesetzt, daß sie denselben eine gewisse Sympathie entgegenbrachten, abgewandt haben. Hängt der Sieg auch nicht von dem Wohlwollen des Publikums und der gegnerischen Presse, sondern von den moralischen wie finanziellen Mitteln der Organisationen der Streikenden ab, so dürfen im Kriege selbst die geringsten, wenn auch nur indirekten, Kampf- mittel nicht geschwächt werden. Die Uebertretung der Bestimmung im § 153 mußten kürzlich wieder mehrere an Streiks beteiligte Arbeiter büßen. Wegen Verursachung muß ein am Streik in der Maschinenfabrik Belogjewfabrik Theilnehmer sieben Tage, ein Bildhauer in Dresden drei Wochen und ein Maurer in Halle, weil er einem während des Maurerausstandes arbeits- lustigen „Kollegen“ einen kleinen Hippenstoß gab, drei Wo- nate brummen. Deshalb Vorsicht!

Die Berufszählung am 14. Juni d. J. in Deutsch- land ergab folgenden Resultat. Preußen zählte 31 491 209 ortsanwesende Personen, von denen 15 475 202 männlich und 16 016 007 weiblich waren. Die Zunahme gegen 1890 ist mit 10,99 p. H. etwas höher als der Durchschnitt. Bayern hatte eine Bevölkerung von 5 773 836 Personen. (Zunahme 6,93 p. H.), das Königreich Sachsen 3 753 272 (Zunahme 15,21 p. H.), das Königreich Württemberg 2 071 407 (Zunahme 3,74 p. H.). Das deutsche Reich zählt nach vorläufiger Zusammenstellung des kai- serlich. Amtes anwesende Personen 51 753 364, davon 25 405 934 männliche und 26 352 430 weibliche Personen. Das bedeutet seit dem 1. Dezember 1890 eine durchschnittliche jährliche Zu- nahme von 10,14 pro Mille der mittleren Bevölkerung. Land- wirtschaftsstatistiken wurden gezählt 5 601 809, Gewerbebogen 1 317 878.

Eine moralische Ohrfeige erhielt die Stadtdirektion in Stuttgart. Sie hatte den Schultheiß in Gahlenberg seines Amtes entsetzt, weil er auf den sozialdemokratischen Land- tagsabgeordneten Karl Kloss in Stuttgart gelegentlich der Berichterstattung desselben ein Hoch ausgebracht hatte. Die Reichsregierung hat die Amtsentsetzung aufgehoben.

Hohe „Entbehrungsloshue“. Die Brauerei „Schloß- Chemnitz“ zählt ihren Aktionären in diesem Jahre das nette Einkommen von M. 430 000. Das sind gleich 30 p.Ht. Dividende. Welch ein erhebendes Gefühl für die schuftenden, „wohlgenährten“ Brauer, zur Stillung des „Hungeres nach Gold“ auch etwas beitragen zu dürfen.

Besser noch für ihre nothleidenden Aktionäre zu sorgen, wie die Chemnitzer Brauer, verstehen die Arbeiter einer Papier- fabrik im nordamerikanischen Staate Massachusetts. Sie sind mit einem solch niedrigen Lohne zufrieden, daß es den armen Aktionären möglich ist, sich auf jede Aktie von 1000 Dollar bis zu 1500 Dollar Jahresdividende auszahlen zu lassen. Das ist doch gewiß sehr bescheiden.

Der Versuch einer Gesetzgebung gegen die Kartelle wird in Oesterreich gemacht. Die Regierung ist vom Land- wirtschaftsausschuß aufgefordert worden, in aller nächster Zeit einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen Kartellverbindungen durchweg der staatlichen bezw. der Landesaufsicht unterstellt werden und die Gründung wirtschaftlich schädlicher Kartelle bestraft wird. Der Vertreter der Regierung stimmte der Resolution zu. Abge- sehen davon, daß uns die Konzentration der ländlichen und industriellen Betriebe unserem Ziele immer näher bringt, würden wir auch in Deutschland ein Gesetz freudig begrüßen, welches dem geradezu unerträglichen Treiben dieser Ausbeuterclique einige Schranken setzt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Angeschlossen aus dem Deutschen Holzarbeiterverbande sind folgende Mitglieder:

Von der Zahlstelle Bremen der Tischler Ferdinand Wille (Buch-Nr. 33937), weil er trotz wiederholtem Drängen seiner Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber nicht nach- gekommen ist.

Von der Zahlstelle Offenbach der Modellhauer Karl Kunkel aus Ziegenrück (Buch-Nr. 36519). Derselbe soll durch sein Verhalten in der Werkstätte dem Kaiser gegenüber, die Entlassung tüchtiger Kollegen bewirkt haben.

Von der Zahlstelle Eisenach das Mitglied Wellmer, weil er beim Streik in einer Werkstätte sich unsozialistisch den anderen Kollegen gegenüber benommen hat.

Der Kollege, dessen Ausschuß in der Nr. 41 veröffentlicht wurde, heißt nicht Bernuth, sondern Berneth (Buch-Nr. 39723). Berlin, den 6. November 1895.

Der Ausschuß.

J. A.: C. Koblentzer, Berlin, Mustauerstr. 26.

Korrespondenzen.

Hamburg. Unsere letzte Mitgliederversammlung be- schäftigte sich außer mehreren Ergänzungsarbeiten, Kartellbericht und der Abrechnung des 3. Quartals auch mit der Ferienwoche des Vorstandes. Nach längerer Diskussion fand folgende, von Paul Martienzen eingegangene Resolution Annahme: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich im Prinzip mit der Einführung einer Woche Ferien mit vollem Gehalt einverstanden, rügt jedoch ernstlich das eigenmächtige Vorgehen des Vorstandes und hätte erwartet, daß der Vorstand, dem unzweifelhaft die beabsichtigte Einführung der Ferien zur Zeit der Tagung des Verbandstages in Erfurt schon bekannt war, diesem die An- gelegenheit hätte unterbreiten sollen. Andererseits macht der Vorstand durch sein eigenmächtiges Vorgehen den Ausschuß überflüssig. Nach den Bestimmungen des Statuts soll der Vor- stand gemeinschaftlich mit demselben derartige Fragen erledigen. Lehnt der Ausschuß Beschlüsse des Vorstandes ab, so hat die Ausführung derselben zu unterbleiben. Glaubte der Vorstand, sein Beschluß sei absolet notwendig, dann kann derselbe nach § 40 des Statuts eventuell eine Urabstimmung vornehmen lassen. Sein eigenmächtiges Vorgehen in Betreff der Ferien- woche verdient daher den schärfsten Tadel. Gleichzeitig spricht die heutige Versammlung die Erwartung aus, daß der Ausschuß in allen Fällen, wo seine Beschlüsse seitens des Vor- standes nicht respektirt werden, den Bestimmungen des Statuts gemäß dagegen Einspruch erhebt. Wenn der Ausschuß nach § 48 in Bezug auf das Verbandsorgan in streitigen Fällen zwischen Vorstand und Preskominmission endgültig entscheidet, dann steht dem Ausschusse unzweifelhaft den Beschlüssen des Vorstandes gegenüber dasselbe Recht zu, anderenfalls wäre der Ausschuß als höchste Instanz außer dem Verbandstage voll- ständig überflüssig, wenn der Vorstand seine Beschlüsse doch nicht anerkennt.“ Zu bemerken ist noch, daß die Mitgliederzahl im dritten Quartal von 709 auf 942 gestiegen ist. Auf Sammel- listen zur Unterstützung des Knopfarbeiterausstandes in Schwelm sind M. 857,65 eingegangen, welche der Zentralstreikkommission überhandt worden sind. Im Weiteren wurde der Herbergschwärz Fid'lschaf getadelt, weil er eigenmächtig Arbeit vergeben, und, um die Arbeitsnachweisungskommission zu täuschen, die schriftlichen Arbeiterfische wieder in den Kasten des Arbeitsnachweises ge- steckt habe. Nach einer Aufforderung, die Bibliothek mehr in Anspruch zu nehmen, fand Schluß der nur mäßig besuchten Versammlung statt.

Oldesloe. Eine unmenhliche Rohheit wurde am 4. November an zwei nach der Herberge von Kuhl zugereisten Handwerksburschen verübt. Als dieselben ihre paar Groschen verkehrt hatten, wurden sie Abends in der ersten Stunde hinaus- geworfen und die Hausthür hinter ihnen abgeschlossen. Der Eine verlangte unbedingt dort zu bleiben, da er sein Schlafgeld bezahlt hatte; währenddem wurde die Hausthür geöffnet und erhielt er einen Schlag über den Kopf, daß er blutend zu Boden stürzte. Damit jedoch nicht genug, wurde er von zwei Personen auf das Pflaster geschleppt und derartig mit einem Knüttel bearbeitet, daß der herbeigerufene Polizeirath Dr. Rütke seine Ueberführung in's Krankenhaus per Tragkorb anordnete. Der Bürgermeister erschien ebenfalls und nahm sofort Verhöre vor, deren Resultat uns aber nicht bekannt ist. Von vielen Umstehenden wurde aber lebhafter Unwille über die Kuhl'sche Herberge geäußert. Konstatiren wollen wir aber an dieser Stelle, daß es dort oft vorkommt, daß wenn Zugereiste ihr Geld verkehrt haben, sie dann hinausgeworfen werden. Diese Bürger und Gesellen besuchen die Herberge fast garnicht, da sie stets schände behandelt werden. Die zugereisten Handwerksgehlen und Arbeiter sind aber auf dieselbe meist angewiesen, da die Herberge zur Heimath zu klein ist, und die Errichtung einer Zentralherberge von der Polizeibehörde nicht genehmigt wurde. Die hiesigen Gewerkschaftsverbände werden aber baldigst Abhilfe schaffen und ihren Verbandskollegen Privatlois besorgen, damit sie nicht nöthig haben, sich in der Kuhl'schen Herberge allen Insulten auszusetzen.

Wittenhof. Am Sonntag, den 20. Oktober, sprach hier in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung Kollege Schard- Brandenburg. Es wurde der Beschluß gefaßt, hier wieder eine Zahlstelle zu gründen. Gegenwärtig zählen wir 16 Mitglieder. Das Vorurtheil, daß man gegen uns hegt, ist, daß der Kassirer unserer schon früher bestehenden Organisation, Riep, sammt dem Zahlstellenmaterial spurlos verschwand. Dies müssen wir oft hören und erschwert uns die Agitation ganz bedeutend. Die verheirateten Kollegen verfahren lieber in ihrem Individualismus, als daß sie sich uns anschließen. Am Orte befindet sich auch eine Würfelnölzlerfabrik, jedoch gehört von den Arbeitern noch keiner unserer Organisation an. Der Chef dieser Fabrik hält sich nämlich für berechtigt, seinen Arbeitern das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Kollegen jener Fabrik! Euer Arbeitgeber hat dazu kein Recht; er hat Euch nicht zu sagen, was Ihr außerhalb der Fabrik thun oder lassen sollt. Tretet ein in unsere Reihen, denn durch Euer Fern- bleiben härt Ihr nur das eingebildete Machtbewußtsein der Herren Arbeiter. Hoffentlich sehen die Holzarbeiter von Wittenhof ein, daß es nur die Organisation ist, durch welche es uns ermöglicht wird, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Kollegen, besucht unsere alle 14 Tage stattfindenden Versammlungen im Lokale des Herrn G. Berger und schließt Euch sammt und sonders dem Verband an.

Bückeburg. Am 3. November fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: „Zweck zur Eröffnung einer Zahlstelle.“ Ein Kollege äußerte aus, daß es notwendig sei, sich zu organisiren, um den Druck, den die Kapitalisten auf uns ausüben, abzuwehren. Er schilderte die schlechten Verhältnisse in der Holzbranche im Allgemeinen und speziell die in Bückeburg, und appellirte an das Pflichtgefühl jedes Einzelnen, sich der Organisation anzuschließen. Zu die Verwaltung wurden gewählt die Kollegen Müller und Hoff. Die nächste Versammlung findet, Sonnabend, den 16. d. M., und von da ab alle 14 Tage statt. Zum Schluß forderte der Vor- sitzende auf, fleißig für den Verband zu agitiren, damit unsere Zahlstelle immer größer werde. Wir sind jetzt 16 an der Zahl



von etwa 40 am Orte beschäftigten Holzarbeitern. Hoffentlich gelingt es uns auch, die verheirateten Kollegen für den Verband zu gewinnen. Das Verkehrslokal befindet sich bei Herrn Volkhoff, Langestraße 35.

Leipzig. Am 2. November fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Genosse May über das Thema: „Was ist Demonstration?“ einen interessanten Vortrag hielt. Nachdem er aus der Geschichte des 19. Jahrhunderts eine Reihe politischer und sonstiger Demonstrationen erörtert, an denen er zeigte, welche Momente deren Erfolg oder Mißerfolg beeinflussten, und besonders die italienischen sozialen und politischen Verhältnisse aus eigener Anschauung und die Wiener Wahlrechtsdemonstrationen beleuchtete, unterzog er die deutschen Demonstrationen einer scharfen Kritik; er verlangte unbedingt Eintreten für die allgemeine Arbeitsfrage und wolle die Meister den Gewerkschaften überlassen wissen, die besser als die mit den verschiedensten Gesellschaftsmitgliedern unterworfenen politischen Parteien die Beteiligung und die Folgen einer solchen allein würdigen Demonstration übersehen könnte. Dem Vortrage folgte eine sehr rege Debatte, in der Mohs zunächst die Notwendigkeit für die deutschen Arbeiter die Demonstration vorzuziehen; die Vormittagsversammlungen zur Meister erklärt er für sehr wohl durchführbar und bedauert die Ablehnung des Antrages zu Breslau, der den Gewerkschaften die Meister überweisen wollte, derselbe habe übrigens eine ganz erhebliche Minorität erhalten. Demonstrationen seien entweder Akt der Verzweiflung oder der allgemeinen Unzufriedenheit. Wenn den deutschen Arbeitern das allgemeine Wahlrecht gewonnen würde, so seien gewaltige Demonstrationen unaufrichtig; ebenso wenn ihnen fortgesetzt das Koalitionsrecht fast bewährt würde. Bei der nächsten Meister sei auch der Gewerkschaften zu gedenken, damit die Demonstration zum würdigen Ausdruck gelange. Dörfler warnt vor den voraussetzlichen Gefahren der Demonstrationen und bezweifelt, daß sich die Arbeiter auf solche Wege drängen lassen, worauf Mohs repliziert, daß der Vorredner die Sache zu schlimm darstelle; übrigens beweisen die Wiener Kundgebungen, daß sich die Massen dabei eine gute Schulung aneignen könnten. Umbricht faßt die Meinung zu Demonstrationen als natürliche Reaktion gegen den politischen und sozialen Druck auf und will sie nicht vermeiden, sondern durch die Organisation geübelt und geleitet wissen. Auch die hiesigen Gewerkschaften hätten Mängel aufzuweisen, nach deren Beseitigung ein höherer Einfluß auf die Schaltung der Meister sei möglich. Einem Redner wurde bei Streikung des Rühlhauener Fabrikanten, worbei kurzer Hand das Wort entzogen. Im Schlußwort bezeugte der Referent, ob die parlamentarische Aktion zu besonderen Erfolgen führe; er verglich die Opfer der Wirtschaftskämpfe mit denen der politischen Aktion, besonders der letzten Monate. Die Gewerkschaftsversammlungen und Beschlüsse würden seitens der politischen Gewerkschaften ignoriert. Es sei notwendig, daß die Masse der Arbeiter die Gewerkschaften unterstütze, damit diese in den großen Kämpfen die ihnen gebührende Stelle sich sichern. Darauf wurden noch einige Lokale gewerkschaftliche Angelegenheiten erledigt und die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Schreda. In einer von circa 300 Personen besuchten Versammlung referierte Kollege Mohs aus Leipzig am 7. 1. M. über die in der Holzwarenfabrik von Schäfer's Söhne ausgebrochene Differenz zwischen Fabrikanten und Arbeitern, welche hauptsächlich zur Arbeitsniederlegung von 19 Betriebsmitgliedern führte. Die Differenzen waren zunächst dadurch entstanden, daß den Arbeitern eine Gehaltszahlung ohne Meisterschutz zugesagt worden sollte, wogegen dieselben einen schriftlichen Protest erhoben und denselben durch ihre Kommissarunterstützung bekräftigten. Einem der Arbeiter, Nichtverbändler, mag man hinsichtlich der Aufklärung gegen den Willen der Fabrikanten leid geworden sein, denn er erklärt im Komptoir zum Unterschreiben genötigt worden zu sein. Dieser „gute“ Arbeiter, Kleggig mit Namen, mag nun wohl auch über die Zahl der Betriebsmitglieder, „Arbeitsführer“ usw. Auskunft gegeben haben, denn alsdann wurden sämtliche Betriebsmitglieder in's Komptoir geführt und ihnen in lehrreichen Worten der Standpunkt, den sie gegen „Arbeitsführer“ gegenüber einzunehmen haben, klar gemacht. Als ein Redner sagte Herr Karl Schäfer, der ältere Bruder der Geschäftsführer, noch heute, der Meister sei der Schlichter, welcher die letzte Betriebsversammlung überwachte, habe ihn Kleggig nicht mehr zusammen zu arbeiten und dessen Entlassung zu fordern; er erklärte daher kurz und bündig, wer mit Kleggig nicht zusammen arbeiten wolle, der könne sofort gehen. Dagegen war ein solcher Beschluß, wie der von Herrn Karl Schäfer erwählte, nicht gefast worden war, so schickte sich dennoch der Kollege demselben, überseht durch die gewisse Handlungsweise des p. Kleggig, die Arbeit niederzulegen mit der Begründung, daß sie dieselbe nur dann wieder aufnehmen würden, wenn er entlassen sei. Dies war am Dienstag, den 5. November. Am Abend desselben Tages kamen die Kollegen zu einer Versammlung der Meister zu unterzeichneten Parteien gekommen und hier wurden sie durch eine Anzahl der Fabrikanten überführt, in welcher dieselben erklärten, daß alle diejenigen, welche bis Mittwoch, Morgens 8 Uhr, nicht zur Arbeit gekommen wären, am Montag ihre Papiere in Ordnung bringen müßten. Entlassung wurde beschlossen, nicht zur Arbeit zurückzukehren. Diese Antwort mag der Herr Kollege wohl etwas unermutet bekommen sein, denn am Mittwoch Morgen wurden die Entlassenen abgeholt, auf's Nachhause zu kommen, da der Herr Bürgermeister bez. Verwalt. stehen wollte, den Streik zu beenden. Die Entlassenen wurden schließlich durch eine Kommission der Meister, mit der auch Kollege Schreda, eine Versöhnung herbeizuführen, wenn die Herren Schäfer sich nicht genötigt hätten, eine bestimmte Erklärung dafür abzugeben, daß keine Kapitulanten vorgekommen werden sollten. Diese Erklärung wollten sie nicht geben und so mußten die Arbeiter, wolle sie sich nicht der Gefahr aussetzen, noch ein mal mit Schäfer sprechen zu werden, im Streik verharren. Bei der am nächsten folgenden Kundgebung der Arbeiter an die Ausschüssigen stellte sich die ganze sehr wichtige Thatsache heraus, daß bei keinem einzigen der über die Fabrikanten hinaus am Tage der Entlassung eingeleitet und eine ganze Anzahl Arbeiter, die längst hätten erzwungen werden müssen, erst am nächsten Tage von der Fabrik abgeholt. Herr Karl Schäfer ist ein Anhänger der hiesigen hiesigen Meister, er ist Streikverweigerer, er ist sogar Schäfer dem Komptoir eine Person ab, die doch mit der einschlägigen Gesetzgebung Bekantheit wissen sollte. Was soll aber das Volk, „der dumme Herrschel“, dazu sagen,

wenn Leute, die über Andere zu Gericht zu sitzen und auch sonst im öffentlichen Leben eine Rolle spielen, die Gesetze selbst nicht einmal achten und respektieren? — Auch die Arbeitsverhältnisse in der Fabrik des Herrn Schäfer sind solche, die den gesetzlichen Bestimmungen schon sprechen. So werden jugendliche Arbeiter bis zu 12 und 13 Stunden, ohne Innehaltung der vorgeschriebenen Pausen, beschäftigt; so giebt es in der mit Holzstaub überreichlich geschwängerten Atmosphäre keinen abgeschlossenen Raum, in welchem die Arbeiter ihre Garderobe unterbringen können; das Trinkwasser wird in einem Eimer aus dem Nachbargrundstücke geholt, und Jeder, der trinken will, muß, in Ermangelung eines Schöpfgefäßes, gleich dem lieben Siech aus dem Eimer trinken. Wenn man aber meint, daß diesen hartsträubenden Zuständen wenigstens eine angemessene Bezahlung gegenübersteht, so irrt man sich. 19 bis 27  $\frac{1}{2}$  beträgt der Stundenlohn, der letztere Satz wird aber erst nach jahrelanger Thätigkeit erreicht. Nur drei Arbeiter beziehen 30, beziehungsweise 31 Pfennige Lohn pro Stunde. Angesichts dieser Thatsachen muß man sich wundern, daß die Kollegen keine weiteren Forderungen gestellt haben. In der Debatte wurde das Gebahren der Herren Schäfer und ihre Geschäftspraktiken noch nach verschiedenen Seiten einer Kritik unterzogen und schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 7. November in Zeißler's Saal tagende öffentliche Arbeiterversammlung erklärt sich mit der Handlung der 19 ausschüssigen Arbeiter der Firma Schäfer & Söhne einverstanden. Die Versammlung verurteilt das Gebahren des Herrn Schäfer und des Arbeiters Kleggig und drückt den Ausschüssigen hiermit ihre vollste Sympathie aus. Gleichzeitig verpflichten sich die Versammelten, die Streitenden finanziell und moralisch zu unterstützen.“ Ein Antrag, das Material bezüglich der ungesetzlichen Kleyerei der Staatsanwaltschaft zur näheren Prüfung zu überweisen, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. — Der vorstehende Bericht war schon gestellt, als uns die Nachricht zugeht, daß die Fabrikanten alle Forderungen der Streitenden bewilligt haben, selbst eine Lohnverbesserung soll in den nächsten 14 Tagen stattfinden. Die Arbeit ist infolgedessen wieder aufgenommen.

Dresden. In einer öffentlichen Versammlung der Einzelmitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes wurde zunächst die Abrechnung des 3. Quartals referiert. Die Einnahme betrug M. 1735,79, die Ausgabe M. 1367,87, darunter an die Hauptkasse eingekauft M. 1173,95, mithin ein Kassenbestand von M. 365,92. Der Streikfonds ergibt eine Einnahme von M. 49,42, davon an die Hauptkasse abgesetzt M. 35, bleibt Kassenbestand M. 14,42. Die Mitgliederzahl hat sich am Ort auf 723 erhöht, einschließlich 35 Mitglieder mit 13 Wochen Rest der Beiträge. Hierauf erstattet Kollege Döring Bericht über die Thätigkeit des Vertrauensmannes. Derselbe hebt namentlich die Thätigkeit des Bezirkszentralkommissionen hervor und geht dann auf die weitere Thätigkeit der Holzarbeitergewerkschaft über, woraus hervorzuheben ist, daß dieselbe im verfloffenen Jahre drei Streiks durchzuführen hatte, von denen zwei, und zwar der in der Neumann'schen Stuhlpoliererei und der in der Fabrik photographischer Apparate von Förster (Inhaber Wünsch) zu Gunsten der Arbeiter anfielen, während der Streik in der Streifenfabrik Stuhlpoliererei durch das Auftreten von Streikbrechern verloren ging. Für Unterstützung dieser Streiks wurden insgesamt M. 306,39 eingenommen und M. 299,55 ausgegeben. In diesen Einnahmen sind M. 50 von Berlin und M. 30 von Seringswalde zu verzeichnen, so daß nur sehr wenige Mittel von den am Ort beschäftigten Kollegen zu diesem Zweck aufgebracht wurden. Der Bericht der öffentlichen Kasse, welcher vom zweiten Vertrauensmann vorgetragen wurde, ergibt eine Einnahme von M. 288,10, eine Ausgabe von M. 200, mithin einen Kassenbestand von M. 88,10. Die Wahl der Vertrauensmänner trat auf die Kollegen Tischler Köpfe, Bürstenmacher Jahn, Drechsler Hamboldt und Stellmacher Flügel. Nach dem ebenfalls vorgetragenen Berichte der Agitationskommission hatte sie eine Einnahme von M. 190, der gegenüber eine Ausgabe von M. 99,74 steht, so daß ein Ueberschuß von M. 90,26 zu verzeichnen ist. Die übrige Thätigkeit der Kommission ist im Allgemeinen vom besten Erfolg gekrönt gewesen, indem alle in der Provinz veranstalteten Versammlungen gut besucht waren. Von einer Renewal der Agitationskommission wird Abstand genommen, dieselbe soll sich vielmehr aus zwei von den vier gewählten Vertrauensmännern bilden. Im Weiteren wird in gewerkschaftlichen Angelegenheiten stark über die Einheit und Interessenslosigkeit der hiesigen Kollegen geklagt und zur regen Agitation für den Holzarbeiterverband angefordert, denn nur Organisation erhebt die Macht.

Magdeburg-Dölchensadt. Am 26. Oktober fand eine der zahlreichsten angesehene, gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Zunächst fand die Abrechnung über die Erledigung. Nachdem noch über die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen diskutiert wurde, beschloß, folgende schon in voriger Versammlung gefasste Resolution zu veröffentlichen: „Die hiesige Dölchensadt erklärt sich im Prinzip mit der Forderung einverstanden, taubelt aber das eigenmächtige Gebahren des Vorstandes; dieselbe ist der Ansicht, daß sich der Ausschluß gegen den Beschluß des Vorstandes erklären, hatte dieser die Pflicht, in diesem Jahre auf die Ferien zu verzichten und die Angelegenheit auf dem nächsten Verbandstage vorzubringen.“

Eisenberg. In unserer letzten Versammlung, die von 54 Personen besucht war, hielt Kollege Albert Schmidt einen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Lage unter Berücksichtigung der Bestimmungen der Jobaktien.“ An der mit Beifall angenommenen Vortrag knüpfte sich eine rege Diskussion, die sachlich und lehrreich geführt wurde. Sämtliche Redner legten Beth auf die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Organisationen. Nachdem auf die Wahlen zum Gewerkschaftsrat verwiesen, machte der Vortragende bekannt, daß am Sonntag, den 17. November, Vormittags, das Hauptamt vorbereitet werden soll, und bittet er, daß sich die Kollegen recht zahlreich Morgens 8 Uhr in der Zehner Vorhalle zur Verbreitung einfinden. Hoffentlich haben wir dann den Erfolg, daß die am Montag, den 18. November, stattfindende Versammlung, in der Genosse Hugo Götter sprechen wird, von hunderttausend Kollegen gut besucht wird.

Zeitz. Von der Ausperrung der Arbeiter in Zeitz gehen wir zu berichten, daß die Stellen in der hiesigen Kindermagazin zum größten Theile von Judenweibern besetzt sind und keine Aussicht vorhanden ist, noch etwas zu erreichen. In der Tageslohn haben vor 14 Tagen die zwei am längsten dort beschäftigten Kollegen die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen, mit dem Bemerken, daß sie die betreffenden Puppenmacher nicht zu machen brauchen. Es sind die beiden betreffenden zwar die jüngsten und unerschrockensten,

sind aber am längsten dort thätig und jedenfalls auch am willigsten; die anderen, verheirateten Ausschüssigen sollten nach Bedarf eingestellt werden; da vorläufig aber keine Aussicht auf Einstellung vorhanden, sahen sich verschiedene verheiratete Kollegen, deren Verhältnisse es gestatteten, gezwungen, ihr Bündel zu schnüren und auswärts Unterkunft zu suchen. Somit wäre die Sperre aufgehoben; wer aber dort um Arbeit nachfragt, möge sich vorher der vorstehenden Stellen erinnern. Der Streik lehrt uns wieder, daß, so lange nicht alle Arbeiter organisiert sind und einer Organisation angehören, es sehr schwer ist, etwas zu erreichen. Wir haben ja ganz erfreuliche Fortschritte in der Organisation gemacht und können mittheilen, daß gut die Hälfte der hier beschäftigten Korbmacher dem Holzarbeiterverbande angehört, trotzdem bleibt aber immer noch ein schönes Stück Arbeit übrig, um der anderen Hälfte begreiflich zu machen, wo sie hingehört. Wir rufen ihnen an dieser Stelle in ihrem eigenen Interesse zu, sich uns anzuschließen, denn nur vereint können wir bessere Zustände schaffen.

Kreuznach. Am Sonntag, den 27. Oktober, referierte in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung Genosse Gräff aus Frankfurt a. M. über das Thema: „Die Rechte der Arbeitnehmer.“ Redner entledigte sich seiner Aufgabe in einem anderthalbstündigen Vortrage voll und ganz. Er wies nach, wie breit die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei, daß keine Harmonie zwischen Beiden bestehen könne, und wie immer und immer wieder der Arbeitgeber den Arbeiter auf's Schamlose ausbeute. Dagegen uns zu schützen, besitzen wir das Organisationsrecht, von dem die Arbeiter, und ganz besonders die Kreuznacher Arbeiter, nur zu wenig Gebrauch machten. Zum Schluß geistelte er noch das Fernbleiben der Mitglieder der hiesigen Zahlstelle, die es vorgezogen hatten, lieber spazieren zu gehen, obwohl in einer Mitgliederversammlung beschlossen wurde, eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Nach beendigtem Vortrage forderte der Bevollmächtigte der hiesigen Zahlstelle, Kollege Breg, die anwesenden nicht organisierten Holzarbeiter auf, dem Verbande beizutreten, aber leider ohne Erfolg.

Konstanz. In der am 9. November stattgefundenen Versammlung der Holzarbeiter wurde die Ferienliste des Vorstandes, Kollegen Klotz, zur Sprache gebracht. Die Versammlung erhebt entschiedenen Protest gegen diejenigen Zahlstellen, welche die eigenmächtige Handlung des Vorstandes in der kräftigsten Weise gemißbilligt und dadurch den bürgerlichen Blättern Wasser auf die Mühle gieliefert, und das Ansehen des Vorstandes geschädigt haben. Sie bittet die betreffenden Zahlstellen, ihre derartigen Beschwerden an den Ausschuß einzusenden, damit dieselben auf dem nächsten Verbandstag zur Sprache kommen und erledigt werden können. Die Arbeiter sollten doch einen Mann, dem sie bisher so großes Vertrauen als Leiter einer Organisation geschenkt haben, nicht suchen durch derartiges Vorgehen in dem Verbandsorgan sein Ansehen und Vertrauen zu schmälern.

Am m. d. Red. Kollege Klotz ist nicht allein der Vorstand, dazu gehören außer ihm noch acht Personen, zudem handelt es sich nicht nur um eine Woche Ferien für den Vorstands, Kollegen Klotz, sondern für alle am Verbandsbureau angestellten Beamten.

Ettlingen. Seit einiger Zeit besteht hier eine Zahlstelle. Ist die Mitgliederzahl auch noch eine geringe, durch rege Agitation wird es uns gelingen, sie bald zu erhöhen. Die Verhältnisse sind äußerst gedrückt, lange Arbeitszeit und sehr wenig Lohn ist hier allgemein üblich. Der Indifferenzismus unter den Kollegen ist sehr groß. Die Meisten wollen von einer Organisation nichts wissen, daher haben auch die Meister leichtes Spiel mit ihren Arbeitern. So wurden einem Arbeiter, der eine viertel Stunde zu spät zur Arbeit kam, 50  $\frac{1}{2}$  abgezogen, dagegen für geleistete Ueberstunden pro Stunde 5  $\frac{1}{2}$  bezahlt. Wenn solche Verhältnisse nicht gefallen, kann gehen, denn die Meister sagen: für 20  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn bekomme ich einen anderen Gesellen vom Arbeitsnachweis in Karlsruhe. Wir rufen daher allen am Orte beschäftigten Holzarbeitern zu: Organisiert Euch, dann werden diese und viele ähnliche Zustände beseitigt werden.

Deynhansen-Neuhau. Am 26. Oktober fand hier selbst im Röhrlchen eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt; selbige war von etwa 40 Personen besucht, worunter jedoch nur wenige Holzarbeiter waren. Der Referent, Kollege Schreda aus Diefeld, erläuterte in einer anderthalbstündigen Rede in recht trefflicher Weise den Unterschied zwischen Kapital und Arbeit, sowie den Werth und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation und ermahnte zum Anschluß an dieselbe. Da aber hier und in der Umgegend die traurigsten Verhältnisse im Holzarbeitergewerbe herrschen, lassen sich jedoch nur Wenige zum Anschluß an die Organisation bewegen. Gewöhnlich hört man die alte Leier: „Es nützt ja doch nichts“ usw. Die traurigsten Verhältnisse bestehen in der durch ganz Deutschland bekannten mechanischen Buntschleiferei. Den Herren Direktoren daselbst ist der Holzarbeiterverband ein Dorn im Auge, und infolgedessen darf auch Keiner mit deren Wissen dem Verband beitreten, was die Herren aber nicht hindert, in unserem Verbandsarbeitsnachweis in Hannover nach Arbeitskräften nachfrage zu halten. Ferner ist als Hauptwerkstatt die Tischlerei von Joh. Klein zu empfehlen. Hat da Einer zwei Tage gearbeitet, schnürt er gern am dritten Tage wieder sein Bündel. Arbeit ist dort also immer zu haben. Kollegen von Deynhansen und Umgegend! Schließt Euch dem deutschen Holzarbeiterverband an; nur wenn Ihr einig seid, könnt Ihr Eure Lage verbessern! Zeige nur Jeder etwas guten Willen, und der Erfolg wird nicht ausbleiben!

Wetter a. d. Ruhr. Nach vielen Bemühungen ist es gelungen, hier einige Kollegen für den Verband zu gewinnen. Wir sind bis jetzt 11 Mitglieder, gedenken aber doch schon in nächster Zeit eine Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes errichten zu können. Der größte Uebelstand, mit dem wir zu kämpfen haben, ist die Gleichgültigkeit der Kollegen, welche eher an alles Andere, nur nicht an die Verbesserung ihrer Lage denken. Es wird nun zunächst Aufgabe der hiesigen organisierten Kollegen sein, diese aufzumuntern, ihnen ihre Lage vor Augen zu führen und den Weg zu zeigen, welcher zur Besserung führt. Es haben denn auch im Laufe des Herbstes zwei Gewerkschaftsversammlungen stattgefunden, welche sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatten. In der ersten sprach Kollege Schick-Dortmund über „Die Gewerkschaftsbewegung und deren Nutzen für die Arbeiter“, in der zweiten Kollege Neumann-Eberfeld über den Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaftsverband und die moderne Arbeiterbewegung. In der ersten Versammlung hatte sich auch ein Anhänger der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaft zum Wort gemeldet, welcher dem Gewerkschaftsverband keinen Nutzen gebracht hat, denn wie glaubhaft berichtet wird, sind infolge seiner Rede neun Mitglieder aus dem Verbandsausgeschieden. An die hiesigen



Kollegen richten wir nun die Bitte, treu auszuhalten. „Einer für Alle, Alle für Einen!“, das soll unsere Losung sein. Laßt uns ein festes Glied sein im Kampfe gegen brutale Macht und rücksichtslose Ausbeutung. Laßt uns eintreten in die Reihen dieser Streiter, welche trotz Maßregelungen, trotz harter Gefängnisstrafen stets das Banner der Arbeiterbefreiung vorantreiben. Ohne Kampf kein Sieg!

NB. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß bereits jetzt schon Reiseunterstützung ausgezahlt wird beim Bevollmächtigten Herrmann Sauerbet, Bruchstr. 2.

**Wilhelmshaven-Bant.** In unserer letzten Mitglieder-versammlung kam auch die Ferienwoche des Vorstandes zur Sprache. Die Mitglieder erklärten sich je nach den Verhältnissen wohl mit der „Ferienwoche“ einverstanden, beurteilten aber ganz entschieden ein eigenmächtiges Vorgehen des Vorstandes. Den Kollegen am Orte sei gleichzeitig, da nun bald des Unternehmers Bundesgenosse, der Winter, sich einstellt und sie nun, wenn irgend möglich, gern etwas mehr Unternehmerprofiß herauszuschlagen möchten, vor Allem an's Herz gelegt, an dem im vorigen Jahre Errungenen festzuhalten und auch im Besammlungsbefuch nicht nachzulassen, denn da kann unsere Lage besprochen werden. Mit dem Beitragbezahlen ist die Pflicht der Organisation gegenüber nicht erfüllt, jeder Kollege hat auch in der Besammlung zu erscheinen. Nur durch gemeinsames Handeln können wir das Errungene festhalten. Kollegen, agitirt so lange für den Verband, bis wir auch den letzten indifferenten Kollegen zu uns herangezogen haben, um geschlossen gegen alle Ausbeutung und Unterdrückung Front machen zu können.

**Eingekandt.**

Düsseldorf, im November.

Die Zeit, welche die arbeitslosen Kollegen, soweit sie unverheiratet sind, zwingt, auf die Wanderschaft zu gehen, rückt wieder heran. Die meisten sprechen in kleinen Städten und Dörfern vor, um Arbeit zu erhalten. Da solche meistens nicht vorhanden, sprechen sie den Meister in der Regel um Unterstützung an. Dieser lehnt eine solche ab, mit der Motivierung, daß er im Sommer, wenn er Tischler gebrauche, solche nicht bekommen könne. Man wendet sich dann an die arbeitenden Kollegen in der Werkstatt; die meisten von ihnen fühlen sich, da sie keiner Organisation angehören, nicht solidarisch und geben nichts. Ist nun ein Verbandsmitglied darunter, so wird dieser in den meisten Fällen sich des wandernden Kollegen annehmen und ihm eine kleine Unterstützung einhändigen, obgleich er ja seine Beiträge an den Verband bezahlt. Pflicht dieser Verbandsmitglieder wäre es aber, die Jugereisten, soweit sie der Organisation nicht angehören, auf die Notwendigkeit des Beitritts zu derselben aufmerksam zu machen, um für den Fall der Reise einige Pfennige zu erhalten. Als ich letzten Winter in Steinhelm i. Westfalen arbeitete, kamen allwöchentlich 2-3 Kollegen, die keiner Organisation angehörten, gaben sie vor, Verbandsmitglieder zu sein, wünschte ich das Buch zu sehen, was natürlich unter allerhand Ausreden nicht gelassen konnte. In Steinhelm wäre die Gründung einer Zählstelle sehr notwendig. Es befinden sich dort acht größere Werkstätten, welche eichen antike Möbel zum Versand anfertigen und bis zu 15 Gesellen beschäftigen. Der Verdienst beträgt aber im Durchschnitt nicht über M. 12 die Woche. Unterzeichneter konnte wegen dem geringen Lohn nicht länger dort begittieren, um eine Zählstelle zu gründen.)

Julius Langer.

D o f i. Bayern, Anfang November.

Trotz aller Agitation der hiesigen Holzarbeiter ist es sehr schwer, neue Mitglieder für den Verband zu gewinnen, und zwar der vielen Vergütungsvereine wegen, die nur 20-30 Monatsbeitrag erheben und dafür fast jeden Sonntag eine Abendunterhaltung arrangiren oder sonst ein Vergnügen abhalten, wo sich gewöhnlich ein Bithrapoßel und Einer, der den „dummen August“ abgibt, einfinden. Daß da mit der unaufrichtigen Zellerbeleihe bedeutend mehr gezahlt wird, als an den Verband Beiträge entrichtet werden, sehen die Menschen in ihrer grenzenlosen Dummheit nicht ein. Wahrlich, die Zustände hier sind traurig genug; es giebt hier viele Kollegen, welche für das horrende Trinkgeld von M. 3.50 pro Woche bei freier Station arbeiten. Vielen Kollegen ist es unmöglich, das Besammlungsgeld zu finden, aber bei diesen Vereinen sind sie stets die Ersten und Besten. Kollegen, erwidert diese Vereine, schließt Euch der gewerkschaftlichen Organisation an, um Euer Loos zu bessern, und zeigt den Kapitalisten, daß „Einigkeit stark macht“. Würden die Arbeiter nur ein wenig nachdenken, so müßten sie einsehen, daß die Macht der Unternehmer sich nur auf die Dummheit der Arbeiter stützt, sie würden sich sagen, daß doch nur sie allein die Erzeuger aller Produkte sind und deshalb auch verlangen können, daß ihnen ein Preis gezahlt werde, mit dem sie ihre Bedürfnisse decken können.

Würde sich das jeder Arbeiter sagen, dann würde er es mit Stolz und Selbstbewußtsein ablehnen, zu Schandpreisen zu arbeiten. Jeder Kapitalist würde ihm einen anständigen Lohn zahlen, und würde er sich weigern, es zu thun, gut, dann verweigern wir ihm die Arbeit. Daß ist unser gutes Recht, welches uns selbst der Spießbürger nicht wird abstreiten können. Denn Niemand kann gezwungen werden, seine Waaren billiger zu verkaufen, als er will. Wenn so jeder Arbeiter handeln würde, dann stände es besser um die Gesamtlage der Arbeiterklasse. Nicht unterbieten sollen die Arbeiter ihre Arbeitskraft, sondern sie so theuer wie möglich verkaufen.

So einfach und so klar das erscheint, so wenig hat doch der größte Theil der Arbeiter darüber nachgedacht. Schon oft ist von Seiten des intelligenteren Theiles der Arbeiter der Versuch

Das Klingt komisch, lieber Freund, von der Notwendigkeit der Gründung einer Zählstelle zu sprechen, und selbst läßt man die günstige Gelegenheit zur Gründung „des geringen Lohnes wegen“ ungenützt vorbeigehen. Ihnen war doch sicher bekannt, daß eine Agitationskommission für Rheinland und Westfalen bestand; mit einem Brief und eine von Ihnen arrangirte zwanglose Zusammenkunft — wenn wegen beherrschender oder sonstiger Schwierigkeiten eine Besammlung nicht angeht — und die Möglichkeit einer Gründung war nicht angeht; viel schwieriger dürfte eine solche jetzt sein, da es vielleicht an geeigneter Verbindung und geeigneten schaffenskräftigen Kollegen am Orte fehlt. Schreiben Sie also der Agitationskommission in Eisenfeld oder Bielefeld zur Seite und holen das Beschnitt nach. D. Arb.

gemacht, diesem Gedanken Bahn zu brechen durch die Macht der Organisationen. Was ist deren Grundgedanke? „Mehr Lohn — weniger Arbeit!“ Schade nur, daß so Wenige nach diesem Grundsatz handeln. Die unorganisirten Kollegen wollen nicht einsehen, daß es jedes Arbeiters ureigenstes Interesse ist, zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen sich zu einem Schutz- und Truppbündniß zusammenzuschließen. Wir entbehren die paar Pfennig an Beiträgen gerne, weil wir wissen, daß, wenn Alle mit uns gleicher Meinung wären, wir dieselben durch Erlangung höherer Löhne wieder zurückgewinnen würden, ganz abgesehen von den sonstigen so wichtigen und segensreichen Leistungen unserer Organisation.

Kollegen Hoß! Wir ersuchen Euch in Eurem ureigensten Interesse, schließt Euch uns, Euren kämpfenden Brüdern, an, Ihr habt, wie wir, das gleiche Interesse an der Verbesserung Eurer Lebenslage, und nur diese zu fördern, muß unsere gemeinsame Aufgabe sein.

E. W. Sch.

**Ein Wort an die Kollegen Erefelds!**

Kollegen! Trozdem seitens der hiesigen Verwaltung alles Mögliche aufgeboden wird, um in den Mitgliederbesammlungen nur wissenschaftliche und die Mitglieder interessirende Angelegenheiten zu erörtern, so bleibt doch die Interesslosigkeit der Kollegen bezüglich des Besammlungsbefuches dieselbe.

Kollegen! Es genügt nicht, wenn Ihr jeden Sonntag Euren Beitrag entrichtet, wenn Euch die Zeitung gebracht wird, Ihr habt auch die Pflicht, in allen unseren Besammlungen zu erscheinen und gemeinsam mit uns über die traurigen, in Erefeld herrschenden Arbeitsverhältnisse zu berathen, für bessere Zustände einzutreten und Sorge dafür zu tragen, daß die indifferenten Kollegen Erefelds, deren es leider noch sehr viele giebt, unserem Verbände zugeführt werden. Gerade jetzt stehen wir hier vor einem Zeitpunkt, der es erfordert, fleißiger die Besammlungen zu besuchen, wir meinen die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen, welche am 16. und 17. Dezember dieses Jahres stattfinden. Die gegenwärtige Zusammensetzung des hiesigen Gewerbegerichts ist für uns eine unbefriedigende. Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß mehr Beisitzer gewählt werden, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Das Vorgehen unserer Gegner allein schon muß uns unsporn ein Ansporn sein, unsere Schuldigkeit zu thun, als die Weberinnung, katholischer Arbeiterverein „Unitas“, christlich-sozialer Arbeiterverein und die Hirsch-Dunder'schen Harmoniebußer sich miteinander vereinigt haben, um geschlossen gegen uns zu kämpfen, um es uns unmöglich zu machen, die Wahl eines Beisitzers zum Gewerbegericht durchzuführen.

Also, Kollegen, Hand an's Werk! Auf zur Wahl! Es sind in diesem Jahre 7 Beisitzer zu wählen, 5 von den Textilarbeitern und 2 von den Handwerkern. Wählen kann jeder Arbeiter, der das 25. Jahr zurückgelegt hat, 1 Jahr im Wahlbezirk wohnt oder im Wahlbezirk 1 Jahr arbeitet. Die Wählerliste liegt nur vom 11. November bis einschließlich 25. November auf dem Gewerbegerichts-Sekretariat (im Rathhause) offen. Jeder wahlberechtigte Kollege hat sich bei seinem Polizeikommissariat eine Bescheinigung einzuholen, die zum Eintragen in die Wählerliste berechtigt. Versäume Keiner die Einholung dieser Bescheinigung, denn sonst geht sein Wahlrecht verloren. Wer nicht Zeit zur Einschreibung in die Wählerliste hat, gebe die Bescheinigung bei dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates, Chr. Müller, Reanontenrichstraße 19, ab, und die Einschreibung wird von da aus besorgt. Kollegen Erefelds! Ich rufe Euch nochmals zu: Säumet nicht! Kommt in die Besammlungen! Das Volk wird von hoher Stelle aus aufgefordert, sich zu „ermannen“! Gut, dasselbe thue auch ich.

Kollegen, auf zum Kampf gegen Ausbeutung und Niedertracht! Erinnert Euch der Worte unseres Vorkämpfers Ferdinand Lassalle, welcher sagt: „Strebet nach Macht, so gelangt Ihr zum Recht!“ Ja, Kollegen, nehmt Euch diese Worte zu Herzen, denn wenn wir einig sind, sind wir mächtig, und haben wir die Macht in Händen, dann ist unser der Sieg, trotz alledem und alledem.

Karl Polz,

Bevollmächtigter der Zählstelle Erefeld.

**Verband deutscher Forbmacher.**

**Korrespondenzen.**

**Ostwik.** In der am 2. November stattgefundenen Mitgliederbesammlung wurde zunächst die alte Verwaltung wiedergewählt und beschlossen, jeden ersten Sonntag im Monat eine Mitgliederbesammlung abzuhalten. Die Arbeitsverhältnisse sind durchaus verbesserungsbedürftig, daß sie so schlecht sind, daran tragen die Kollegen meist selbst die Schuld. Kollegen, laßt alle Euzustigkeiten bei Seite, agitirt für den Verband und schließt Euch immer enger aneinander, denn nur dann können wir unsere Lage verbessern. Eure Uneinigkeit benutzen die Arbeitgeber, um die ohnehin schon traurigen Löhne noch mehr herunterzudrücken. Also nochmals, Kollegen, fort mit dem persönlichen Streit und Haber, tretet mit ein in unsere Reihen und kämpft mit uns gemeinsam für Erringung besserer Arbeitsbedingungen.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Deutschland.** Achtung, Härtenmacher! Die Kollegen von Lewo, Berlin, Grenadierstraße 7, haben wegen Lohnabzüge am Montag, den 4. November, die Arbeit niedergelegt. Dieser Unternehmer erklärte der Kommission, den Antrag mit Abzügen machen zu wollen, die Anderen würden ihm folgen. Auch will er Verbandsmitglieder nicht mehr einstellen und wo möglich nur zugereiste Kollegen. Es sind jetzt ausnahmslos viele Härtenmacher in Berlin ohne Beschäftigung, außerdem einige Gemeinpreller noch ohne Arbeit. Deshalb ist es doppelt nöthig, um das Errungene festzuhalten, daß die Kollegen unserer Mahnung aufmerksam genau beachten. Kögen die Unternehmer den Versuch mit Abzügen nur machen, die Kollegen Berlin's haben denselben Gegenpart gegenüber; dann wird sich auch zeigen, wer den Kürzeren zieht! Die drei Unternehmer: Zöllner, Etzelenerstraße 26, Reilke, Rannsdorferstraße 73, und Blischoff,

Rigdorf, Berlinerstraße 31, haben die Forderungen noch nicht bewilligt. Wir hoffen auf die Solidarität aller Kollegen, so daß wir den vollständigen Sieg erringen.

Die Kommission der Wüstenschmied Berlin's.

Wegen mehrmaliger Lohnverweigerung an seine Gesellen, die deshalb Klage erhoben haben, wurde über die Werkstatt des Tischlermeisters W. Wegemann in Blomberg die Sperre verhängt. — In Erlangen sind 62 Handschuhmacher in den Streik getreten.

**Oesterreich.** In Südtirol stehen seit Wochen die keramischen Arbeiter im Streik. 168 Arbeiter, meistens verheiratete Leute, harren mit zäher Ausdauer bei geringer Unterstützung der Entscheidung. Bis nun hat die Union der keramischen Branchen ihre Solidarität durch reichliche Unterstützung bewiesen. Hoffentlich werden auch die Genossen anderwärts der im langwierigen Kampfe Sterbenden gedenken.

**Schweiz.** Den Glasern in Winterthur steht ein ihnen von ihren Arbeitgebern aufgezwungener Streik bevor. Bekanntlich haben sich die Glasmeister der schweizerischen Kantone vereinigt, um den Streik der Zürcher Glasergehülften zu Fall zu bringen, obendrein aber auch Niemanden mehr zu beschäftigen, welcher der Organisation angehört. Die deutschen Glaser und Rahmenarbeiter werden deshalb gebeten, den schweizer Glasern keine Spanndienste zu leisten, sondern sich aus der Atmosphäre fernzuhalten.

**Frankreich.** Der Glaserstreik in Carmanz dauert fort. Der Direktor Messaguer hat die ihm angebotene schiedsrichterliche Lösung seitens der neuen französischen Regierung abgelehnt; von den Arbeitern wurde der Antrag angenommen. Nach der Weigerung des Direktors wird die Regierung nun wohl erweisen können, auf wessen Seite der Klassenkampf gewünscht und gepflegt wird.

**England.** Der Streik der Schiffbauer am Clyde hat an Umfang zugenommen. Die Maschinenbauer dreier weiterer Werften haben am 7. November die Arbeit eingestellt. Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt 8000. Die den Gewervereinen nicht angehörigen Auskändigen erhalten vom Verband Geldunterstützungen.

**Russland.** In Jaroslavl sind 7500 Arbeiter einer Spinnerei in den Ausstand getrieben. Da im Lande „Bäcker's" Macht vor Recht geht, so mußte Militär anshelfen, indem 3 Personen erschossen und 18 verwundet wurden. 150 wurden eingesperrt und 2000 wurden ausgewiesen — und die großen Blutjäger im Lande der Krute haben Ruhe. In einem anderen Orte wurden 14 Arbeiter nach Beendigung eines Streiks von Kosaken, natürlich auf Befehl, durchgehetscht.

**Geriichts-Chronik.**

Eine Verurtheilung wegen Erpressung, die zu denken giebt. Am 28. Mai wurde der Vorsitzende der Buchbinderzählstelle Hamburg vom Landgericht Altona zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt. In der Brieflorenzfabrik von Lehmann & Hildebrandt in Ottenjen legte eine Anzahl von Arbeitern die Arbeit nieder, weil die Arbeitsstunden ungünstig für sie verlegt worden waren. Der Angeklagte Kammann trat mit der Firma Lehmann & Hildebrandt in Briefwechsel und ersuchte dieselbe um Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter. Als er die Antwort erhielt, die Stellen seien schon wieder besetzt, schrieb er: „Sollten Sie auf diese gewiß gerechten Wünsche nicht eingehen, so würden wir Ihnen nicht ferner Arbeitskräfte senden können, sondern uns gezwungen sehen, die Sperre über alle Zweige Ihres Geschäftes zu verhängen.“ Die Firma Lehmann & Hildebrandt benutzte den Briefschreiber. — Die vom Angeklagten eingelegte Revision wurde Freitag, den 25. Oktober, vom Reichsgerichte verworfen, weil die Ersturtheilung eines rechtswidrigen Vermögensvertheiles einwandfrei festgestellt sei. Dieser sei darin zu erblicken, daß der Angeklagte nicht nur die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter, sondern auch deren kündigungslöse Beschäftigung während eines halben Jahres verlangt hatte. Und wegen dieses ans in jeder Beziehung selbstlosen Motiven hervorgegangenen Verlangens, das er im Interesse der von den Unternehmern benachtheiligten Arbeiter stellte, wurde Kammann bestraft. Das arbeitende Volk wird sich eine solche vom höchsten Gerichtshof sanktionirte Rechtsprechung tief in's Gedächtniß einprägen.

**Abrechnung vom Konstanzer Streik.**

**Einnahme.**  
Durch Sammellisten von den Zählstellen M. 1139,86, von der Schweiz 229,68, Gewerkschaften Konstanz 348,28, von der Hauptkassa als Darlehen 450.—. Summa M. 2160,82.  
**Ausgabe.**  
Unterstützung für Streikende 1. Woche M. 98,30, 2. Woche 246,40, 3. Woche 216,10, 4. Woche 223,10, 5. Woche 221,10, 6. Woche 192,55) M. 1197,35, zur Durchreise (1. Woche M. 14,30, 2. Woche 26,70, 3. Woche 23,20, 4. Woche 25,56, 5. Woche 17,20, 6. Woche 24,50) M. 131,46. Druckfachen M. 39,65, Porto 28,33, Telegramme 4,80, Feile Bregenz (2 Tage) 13,50, Rechtschug 34,25, an das Gewerkschaftsamt für Ausgaben zurückbezahlt 6,54, Wirtschaftskontrolle 27,—, für abreiende Kollegen 85,—, an Frau Frid Unterstützung 21, sonstige Ausgaben für Schreibzettel u. 55,79, an die Hauptkassa eingekandt 300. Summa 1944,67.  
Gesamteinnahme ..... M. 2160,82  
Gesamtausgabe ..... „ 1944,67  
Restand in der Zählstelle ... M. 216,16  
Revidirt und für richtig befunden:  
Die Revisoren:  
F. Frid, K. Bähringer, Ernst Wilhelm, Karl Blich.

**Literarisches.**

Das Wissenstwertheite aus dem Geich über die Jubiläums- und Altersversicherung, zusammengestellt für die Verächter von Theodor Esch in Chemnitz, ehemaliger Redakteur der „Freie“, ist der Titel eines soeben erschienenen kleinen Werkchens, welches beachtlich, die zu dieser Versicherung verpflichteten Arbeiter und Arbeiterinnen über Alles zu unterrichten, was zu thun ist, damit sie sich die ihnen durch das Gesetz zustehenden Rechte sichern. In gedrängter Kürze hat der Verfasser die Bestimmungen für jeden einzelnen Organismus (Versicherungspflicht, freiwillige Versicherung, Beiträge, Lohn, Gehalt,



Marken, Quittungslarte, Aufrechnung, Krankheit, Militärdienstzeit, Invaliden- und Altersrente, Rückstellungen gezahlter Beiträge usw.) kurz aneinander gereiht, so daß bei der überdies verständlichen Darlegung die Beschäftigten erprießliche Aufklärung über das Gesetz, welches wegen seiner oft schwierigen Bestimmungen vielen Genossen noch nicht geläufig ist, erhalten können. Das zwei Bogen starke Werkchen kostet 20 M. und kann bestens empfohlen werden. Zu beziehen aus allen sozialdemokratischen Buchhandlungen.

**Briefkasten.**

**Bürgel, H. B.** Bei Herrn Arnoldi, Hamburg, Rathausstraße.  
**Reinwied, W. W.** Die Schule des Tischlers. Preis M. 6. Theorie und Praxis der Zeichnung. Preis M. 9.

Flächen- und Körperberechnung M. 2,25. Praktisches Lehr- und Handbuch für den Handwerkerstand. Preis M. 2,70. Sämtliche Werte können Sie durch uns beziehen.  
**Seringwalde, M. S.** Wenden Sie sich an Herrn P. Bendtschneider in Hamburg, Brennerstraße 28, um nähere Auskunft.  
**Frendenstadt, mehrere Kollegen.** Weil Sie alle vier Seiten beschrieben haben, konnte der Bericht, da er kurz vor Redaktionsschluß einging, keine Aufnahme mehr finden. Im Uebrigen werden Sie uns schon gestatten müssen, einige „kleine“ Veränderungen daran vorzunehmen.  
**Quidburg, M. S.** Die Adresse des Vorsitzenden des Hasenarbeiterverbandes ist G. Kellermann, Hamburg, Schaarthor 7.  
**M. B. F.** 1. Vor Aufnahme des Inserats ist bei der Verwaltung angefragt worden, und diese hat der Aufnahme zugestimmt, weil Mangel an tüchtigen Arbeitskräften vorhanden

war. Von Ihrem Eingefandt werden wir in nächster Nummer Kenntnis nehmen. 2. Können Sie gegen Einsendung von M. 2 von uns erhalten.  
**G. M. S.** Wir haben ein Werk, das Ihrem Zwecke entsprechen würde. Der Preis beträgt M. 9.  
**Utenburg, M. R.** Theilen Sie uns mit, was für Zeichnungen Sie meinen, vielleicht können wir Ihnen dann Auskunft geben.  
**Konstanz, L.** 1,90.  
**Trautenstein, G. 224.** Hamburg-Eimsbüttel, Schäferstraße 18-19. Frage 2 siehe in Nr. 43.  
**W. G., Stellmacher.** Wenden Sie sich an die Werkzeugfabrik von H. Hommel in Mainz; ob die altbewährte Firma H. Himstedt in Hamburg, Kurze Mühren, Stellmacher-Hobelsänke liefert, können wir augenblicklich nicht sagen. Herr H. wird uns aber Nachricht geben.

**Berichtungs-Muzeiger.**

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pf.)

**Altona.** Am 19. Novbr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Wwe. Ebler, Nordstraße 37. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Fragekasten. 3. Berichterstattung. Die Lokalverwaltung.  
**Bergedorf.** Am Sonntag, den 24. Novbr., Nachmittags 3 Uhr, öffentliche Versammlung. Die Lokalverwaltung.  
**Braunschweig.** Am Sonnabend, den 23. Novbr., Abends 8 1/2 Uhr, im „Rheinischen Hof“, Wendenstr. 45.  
**Cottbus.** Sonnabend, den 23. November, Abends 8 Uhr, bei Lehniger, Schloßstraße.  
**Eisenburg.** Am 16. Novbr., bei Klinge.  
**Stellingen.** Am Sonntag, den 17. Novbr., Vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gasthaus zu den drei Mähren“. Die Kollegen werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

**Anzeigen.**

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Cottbus.** Die Mitglieder, welche Bücher aus der Bibliothek entnommen haben, werden angefordert, selbige sobald wie möglich abzugeben. Der Bibliothekar.

**Freising i. B.** Bevollmächtigter Gustav Schilling, Bäckermeister, Jägerwirthschafts- 365, Köfener Joh. Kremer, Jägerwirthschafts- 365, herberge: „Gasthaus zum Jägerwirth“. Dasselbe wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

**Herrn. Vertrauensmann S. Lampe,** Waldheuerstraße 224g. Dasselbe Keinemunterhaltung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr. Berichterstattung bei W. Riller.

Der Tischler A. Erdmann aus Demmin, Buch-Nr. 16849, hat seine Sachen mit den Kopisten Kollegen gereigt. Die Ortsverwaltung Rostock.

**Aufforderung.**

Der Tischler R. Pabel wird freundlichst ersucht, mir baldigst seine Adresse mitzutheilen. E. Kupfer, [50 A] Dillen i. Schl. Briegerstr. 45.

**Warnung.**

Der Kollege Rich. Söffler, welcher sich hier verschiedene Herrlichkeiten hat an Schanden lassen, wird hiermit gewarnt. Die Ortsverwaltung Rülheim a. d. R.

Der Tischler Max Kade, geb. am 21. Mai 1876 in Heideburg bei Halle a. d. S., Buch-Nr. 30687, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen der hiesigen Verwaltungsgesellschaft gegenüber nachzukommen. Kollegen, welche der Aufsicht des Sachverwalters kennen, werden um Nachricht gebeten. Carl Siegel, Halle a. d. S., Rühlstraße 7, 3. Et.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.**

Certifikate Verwaltungsverhältnisse Dresden-Altkönig. Der hiesige Vorsitzende W. Krüger wohnt jetzt Friedrichstraße 27, 3. Etage. Die Ortsverwaltung.

Julius Meilenth Rattke, wo steht die? Bitte um Nachricht. [50 A] Julius Meilenth, Leipzig, Str. Buchstr. 13, IV., r.

Meinen Genossen zur Nachricht, daß ich in Lauenstein a. S. arbeite. Aug. Galka, Tischler, per Hrn. J. Meyer.

**Tüchtig: Korbmacher** auf Wunsch haben dauernde Beschäftigung bei Rülheim a. d. Elbe.

**Gesucht 3-4 Korbmacher** auf gemittelte Arbeit. F. H. Bartels, Lübeck, Untertrave 77.

**Ein tüchtiger Stahl- und Saphaner** findet dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn bei Herm. Kühne, Wurzen i. Sachsen.

**Tüchtige Schreiner**

auf Zusammenbau besserer Regulateure und Pendulen, sowie ein Kreisjäger, der nach Zeichnung selbstständig arbeitet, finden gut-bezahlte Stellung bei R. Schneckenburger, Uhrenfabrik, Rühlheim b. Tuttingen (Württemberg).

**1-2 tüchtige Möbeltischler,**

welche sanfter arbeiten und polieren, für feinere Möbelerarbeiten sofort gesucht. Jul. Schulthess, Möbelgeschäft, Lich b. Sießen (Hessen).

**Ein Tischlergeselle**

auf gute Möbel, welcher zu gleicher Zeit musikalisch ist, wird gesucht. J. M. Hutmacher, Dorsten (Westf.).

**Tüchtige Drechsler**

auf Wärsenhölzer gesucht. Hocks & Co., Sachenburg (Westerbald).

**W. Adolf Langer, Leubsdorf i. S.**

empfiehlt zum gemeinbaren Bezug allen Arbeiterkreisen unter Zusage strengster Reellität u. Solidität sein bewährtes Fabrikat

**Double-Lederhosen**

in schiefer- u. schwarz, echtfarbig. Preis M. 4,50 franko. Für guten Sitz genügt die bloße Angabe der Länge und Weite.

**Echte Müller's Patent-**

**Akkord-Zithern** in einer Stunde ohne Notenkenntnis und ohne Lehrer zu erlernen. Prachtinstrument, kosteten früher M. 16,-, jetzt nur M. 12,-, so lange der Vorrath reicht, bei

O. C. F. Nieher, Hann. Harmonika- u. Musikinstrumenten-Fabrik in Hannover II, Steinthorfeldstr. 19.

NB. Allen werthen Bestellern gebe noch ein H. Musikinstrument umsonst, nur damit sie sich von der Güte und Preiswürdigkeit meiner Fabrikate überzeugen sollen. D. D.

**Umsonst**



**Zieh-Harmonika**

liefern ich zwar nicht, aber fast verhehrt; denn von heute ab liefern ich an Jedermann für nur Mark 5,

mit Glockenspiel 70 M. mehr,

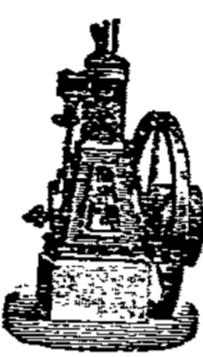
der Kaufmann das Stück von meinen bedeutend verbesserten, 35 cm großen Victoria-Konzert-Ziehharmonika, groß und dauerhaft, gebaut mit 20 Doppeltönen, 10 Tönen, 2 Registern, 2 Böden, 2 Zupfklappen, 2 Doppeltönen und 20 Zupfklappen. Dasselbe ist mit tiefen Tönen und haltbaren mit Stahlbeschlag, außerdem ist dasselbe hochfein ausgestattet. Die Stimmen sind aus bestem Material, äußerst klar und haltbar. 15 brillante Nickelbeschläge, die feinsten Vorder- und andere Ausstattungen geben dieser Harmonika nach ihrer Haltbarkeit noch ein höchst interessantes. Die Arbeit ist zweifach, wie eine Regel und leicht zu spielen. Preis M. 5,-. Bestellen Sie sofort bei Herr H. C. F. Nieher, Hannover II, Steinthorfeldstr. 19. oder per lange Zeit eine gute, dauerhafte Harmonika haben will, der beste Weg ist, sich von diesem weltberühmten Victoria-Konzert-Ziehharmonika zu überzeugen. Herr H. C. F. Nieher, Hannover II, Steinthorfeldstr. 19.

**Schmöln.**

Allen Kollegen und Kolleginnen die ergebene Anzeige, daß sie von jetzt ab ihren Bedarf an Filzschuhen und Filzpantoffeln bei mir decken können. Alwin Heilmann, Ernststraße 14.

**Für Hausfrauen!**

Annahme aller Wollsaften aller Art gegen Lieferung von Kleider-, Unterrod- und Mantelstoffen, Damentüchern, Buchbinden, Strickwolle, Portieren, Schlaf- und Teppichdecken in den neuesten Mustern, zu billigen Preisen durch R. Eichmann, Ballenstedt a. Harz. Leistungsfähigste Firma. Muster umgehend franko.



**Gustav Knackstedt, Motorenfabrik, Cottbus,** liefert vorzüglich einfach gebaute Gas- u. Petroleum-Motore für alle gewerblichen Zwecke zu billigen Preisen.

**STEMPEL**

jeder Art aus Kautschuck und Metall

wie alle dazu gehörigen Apparate und Farben liefert in bester und billigster Ausführung die älteste und renommierteste Firma

COOKE & WEYLANDT BERLIN, Friedrichstr. 105

**Mein Zeichen-Bureau für Bau- und Möbeltischlerei**

Liefert:  
 I. Entwürfe und Details in Blei (Handarbeit) nach eingefandten Maßen und beliebiger Angabe.  
 II. 1 Vorlagewerk, praktische Entwürfe für die Bautischlerei. 30 Tafeln, neu bearbeitet. M. 12.  
 III. 1 Vorlagewerk, praktische und einfache Entwürfe für die Möbeltischlerei, in neuer Auflage, 30 Tafeln. M. 10.  
 Gewissenhafte und durchaus praktische Kalkulations-Auszüge, sowie eine Anleitung, wie Tischlerarbeit überhaupt kalkuliert werden muß, wird jedem Werke beigelegt.  
**Ernst Rettelbusch,** f. B. prakt. Tischler, Zeichner und Werkführer, technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Nürnberg, Burgschmiedstraße 19.

**Viele Anerkennungen!**



**Helios - Stahlraht-Matratzen** (patentamtl. geschützt Nr. 17287) sind die reinlichsten, gesundensten, sanftesten Einlege in Holzbetten. Solche kosten und halten sie in feuchten Zimmern, sind daher billiger als Sattlermatratzen. Herzlich empfohlen, keine Reparatur! Aufzeichnung in jed. Größe. Preislisten umsonst. **Gustav Dehler, Coburg** Drahtgeflechtfabrik.

Tischlern und Möbelhändlern hoher Rabatt.

**Paul Horn, Hamburg**

Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg Admiralitätsstrasse No. 23. Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und farbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinspolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Fließsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preiskrönt Hemburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller. Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

**1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.**

Verlag: E. Kiste. — Druck: Hamb. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.